

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1919**

74 (28.3.1919)

# Volksfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Verlagspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen oder am Postkassett monatlich 1,20 M., vierteljährlich 3,60 M., halbjährlich 6,00 M., durch die Post 1,34 M. bezgl. 4,02 M.

Ausgabe: Freitag mittags; Geschäftszeit: 1/2-1/2 u. 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Ad.-Büro Nr. 481.

Anzeigen: Die Typo. Kolonelleile od. deren Raum 25 A. zugl. 30 % Zeu- rungszusch. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmeschluss 1/2 Vorm. für größ. Aufträge nachm. zuvor. Trud u. Verlag: Buchdruckerei Wed & Cie., Karlsruhe.

### Die neue badische Verfassung.

Von Dr. Emil Kraus, M. d. N.-B.

#### III. Der demokratische Aufbau der Gesetzgebungs- und Verwaltungsorgane.

Wir haben gesehen, das Volk ist Träger aller Staatsgewalt. Von ihm geht als einzigem Souverän alle Gewalt der Gesetzgebung und Volkshoheit aus, in das Volk mündet alle Gewalt letztlich wieder zurück. Aber früher sprach das Volk nur indirekt durch seine Abgeordneten, heute kann und soll es dank der Revolution seinem Willen direkt Ausdruck verleihen, durch Volksvorläufigkeit (Volksinitiative) und Volksabstimmung (Volksreferendum), und zwar wenn (§ 20 a) 80 000 stimmberedigte Staatsbürger es verlangen. Damit verwirklicht die badische Verfassung nicht nur eine Grundforderung unseres Erörterungs Programms, sondern ein uraltes germanisches Volksrecht. Erstmals wird das badische Volk seine Souveränität mit selbstbewusstem Stolz ausüben an einem der nächsten Sonntage, 6. April, in der Abstimmung über die Verfassung. — In der Regel beantragt das Volk seine Abstimmung, den Landtag und das Staatsministerium mit den Gesetzgebungs- und Verwaltungsorganen.

Auch bei der Volksvertretung sind alle undenkbarsten Privilegien und Antikontingenzen gefallen. Es gibt jetzt keine hochherrschliche 1. Kammer mehr, sondern nur noch eine einzige Volkskammer, herabgerungen aus allen Schichten, gleichen, direkten und geheimen Wahlen nach dem Prinzip der Verhältniswahl. (§ 3.)

Es ist uns Sozialdemokraten noch in letzter Stunde gelungen, für die Landtagswahl den 90. automatischen Proporz in die Verfassung einzuräumen. Danach ist die Zahl der Abgeordneten nicht von vornherein festzulegen, sondern sie richtet sich nach der Zahl der abgewählten Stimmen. Es wird in 4 Wahlkreisen gewählt, jede Partei erhält auf 10 000 Stimmen 1 Abgeordneten; die Reststimmen werden durch das ganze Land zusammengefasst und kommt auf je 7500 Stimmen derselben noch ein weiterer Abgeordneter. Ein solcher Landtag ist sicher das wahre Spiegelbild des Volkswillens. Gleich dem Volke ist er völlig unabhängig, er kann sich nach § 29 mit allen von ihm selbst zu seiner Exekution für geeignet erachteten Gegenständen beschäftigen. Es kann in diesem systematischen Zusammenhange nicht näher auf die Einzelheiten eingegangen werden. Wichtig ist für uns noch, daß das Volk jederzeit mittels Referendums den Landtag auflösen kann, sobald er sein Vertrauen nicht mehr hat.

An der Spitze der Staatsverwaltung — steht das Staatsministerium. Es wird (§ 33) vom Landtag gewählt und wählt also auch organisch aus dem Volk heraus. Das Ministerium besteht aus höchstens 6 Ministern, aus deren Zahl der Landtag alljährlich den Ministerpräsidenten ernennt, der die Amtsbezeichnung Staatspräsident führt. Man hat also von einem besonderen Staatspräsidenten abgesehen und das mit gutem Grund. Vor allem die Sozialdemokratie, aber auch ein großer Teil des Parteipersonals sehen einen besonderen Staatspräsidenten. Sollte die deutsche Revolution nur darum die Monarchen weggeschafft haben, um so und so viele Staatspräsidenten an deren Stelle zu setzen, die schließlich ein ebenbürtiges politisches Gemisch für die Reichseinheit bedeuten würden! Und wir hätten es vor der badischen Revolution niemals verantworten können, an Stelle des alten Großherzogs eine Art Erbs-Großherzog zu setzen. Und wozu denn? In dem kleinen Baden kann der Ministerpräsident die Geschäfte des Staatspräsidenten führen, zumal im neuen Volkswort die Repräsentationspflichten und dieser ganze feudale Etikettensatz hoffentlich nicht mehr die Rolle spielen wird wie im alten Staat.

#### IV. Noch einige wichtige Erungenenschaften der Revolution.

Wir haben bis jetzt in unseren Überlegungen noch einen Teil der neuen Verfassung — unberücksichtigt gelassen, denjenigen nämlich, der betitelt ist „Politische und staatsbürgerliche Rechte der Badener“. U. G. daß dieser ganze Teil nicht recht in die neue Verfassung hinein, denn einmal behandelt er Probleme, die größtenteils einseitig vom Reich aus für alle Deutsche geregelt werden; und andererseits waren solche Abschnitte in früheren Verfassungen notwendig, wo es galt, auch die Freiheit des Bürgers vom Staate rechtlich abzugrenzen, ein Begriff, der in einem konsequent demokratischen Staat eigentlich keinen realen Sinn mehr hat. Wenn schließlich auch die Sozialdemokratie energisch dafür war, daß dieser Abschnitt der Grundrechte in die Verfassung hineinkommt, so wollte sie mit ihm den Trägern der Revolution zeigen, daß auch ihre selbstverständlichen Forderungen unter dem Schutze der neuen Verfassung stehen sollen. Hier soll auf weniger wichtigen und schwerfälligen Rechten und Freiheiten nicht eingegangen werden, sondern nur auf die wesentlichen und folgenschwersten. Und damit soll diese Artikelserie dann ihr Ende finden.

1. Die Demokratisierung der Beamten. Dieses Problem ist ja so recht das Schmerzenskind der ganzen Revolution. Wenn irgendwo der Geist der neuen Zeit schmerz und ganz zuletzt einzieht, dann ist es in diesen überalterten Verwaltungsorganen. Und wie undemokratisch es darin noch aussieht! Da stehen sich „untere“, „mittlere“ und „obere“ Beamten gegenüber, je nachdem der Vater Geld und

Protektion genug gehabt hat, den Sohn in mittlere oder höhere Schulen zu schicken. Und oft sind die jeweiligen „höheren“ Beamten nicht gerade die, welche am meisten arbeiten oder am fleißigsten sind. Man kann sehr oft die Erfahrung machen, daß je weniger ein Beamter sich auf dem Büro aufhält, er umso höher im Rang steht. Hier muß Wandel geschaffen, hier der Grundriss verwirklicht werden: „Dem Lütchlin freie Bahn“. Aber dazu ist eben in erster Linie notwendig, daß die Bezahlung eines Beamtenpostens nicht nur von Examinas und Dienstjahren abhängig gemacht wird, sondern von Befähigung und Verdiensten in Staats- oder Privatdienst. Die neue Verfassung gibt diese Möglichkeit. § 11 heißt: „Alle öffentlichen Beamten sind allen dazu Befähigten ohne Unterschied des Geschlechts gleich zugänglich. . . zu jeder Beamtenstelle soll, ohne Rücksicht auf Lebens- und Dienstalter und Vorbildung, derjenige berufen werden, der hierzu der Befähigung und würdigen ist.“ Beamte der Sozialdemokratie in erster Linie hat ihr es zu verdanken, daß jetzt auch bei Euch eine freiere demokratischere Luft wehen soll. Verzeiht das nie! Und zugleich hat Euch die Sozialdemokratie das uneingeschränkte Koalitionsrecht (§ 17) gebracht, doch auch ein demokratisches Grundrecht der Beamtenkassen.

Wir sind uns ja darüber klar, daß erst im Laufe der nächsten Jahre und Jahrzehnte sich gerade in den Beamtenkreisen der neue Geist der Revolution einleben wird, wenn einmal alle reaktionären Kräfte mit ihrer passiven Resistenz abgeschafft sind von jungen Kräften, denen der soziale und demokratische Geist des neuen Volkswortes in Fleisch und Blut übergegangen ist. Aber Hauptfrage ist: Die Grundlage zu dieser Reformaktion ist in der Verfassung gegeben! (Schluß folgt.)

### Um den Frieden.

Bern, 27. März. Die von Savas angekündigte neue Organisation der Pariser Konferenz, woran nur noch Wilson, Clemenceau, Lloyd George und Orlando Verhandlungen ablehnten und die Zusammenkünfte des Ausschusses bis dahin ausgesetzt blieben, scheint, nach dem Journal, auf befriedigende Wünsche Wilsons zurückzuführen zu sein. Die Pariser Ausgabe des „Revue“ schreibt: Die neue diesjährige Konferenz werde die arbeitsamen Anstrengungen machen, um sich über die Friedensbedingungen, die Deutschland nach Ende nächster Woche aufgegeben werden sollen, zu einigen. Dieser Friedensvertrag werde wahrscheinlich ein viel weniger erfolgreiches Instrument sein, als gewisse Staatsmänner gewöhnlich hielten, die schon davon gesprochen haben, die Angelegenheiten der Welt und ihrer Bevölkerung in einseitiger Weise zu regeln. Dagegen werde das Dokument die wesentlichen Elemente eines zufriedenstellenden Friedens enthalten, bis der Welt die Wiederhernahme ihres normalen Lebens gestattet würde.

Paris, 27. März. Weiter. Wilson vertrat in der Kammer Frankreichs Politik gegenüber England und sagte Frankreich sei seinem früheren Bundesgenossen treu geblieben und gebe niemals von seinen früheren verbindlichen Stellungnahmen ab. Den Vorschlag Wilsons zu beschließen, der die Frage Russlands und der Weltmacht sei. Wilson wurde fortwährend von den Sozialisten unterbrochen.

Paris, 27. März. Aristokratische Mütter haben vor einer Zeit Reaktionen von Lloyd George und Wilson mitgeteilt, wonach noch übereinstimmenden Ansichten dieser beiden Staatsmänner die Friedensunterhandlungen nicht auf Verhandlungen mit der deutschen Delegation einlassen würde. Die Deutschen müßten sich damit begnügen, den ihnen von den angloamerikanischen Vorkriegsentscheidungen anzuempfehlen oder abzugeben. Darauf hat der Vorsitzende der Waffenstillstandskommission, Reichsminister Erzberger am 19. März in Spa eine Anfrage stellen lassen, in welcher eine Auskunft darüber verlangt wurde, ob die Forderung der Tatfachen entsprechende Antwort einlangen: „Die Herren Lloyd George und Wilson haben niemals die Erklärung abgegeben, welche ihnen zugrundeliegen worden sind und welche die Anfrage veranlaßt haben, die am 19. März vom Vorsitzenden der Waffenstillstandskommission gestellt worden ist.“

### Die Beratungen des Biermännerrates.

L.A. Amsterdam, 27. März. Der Biermännerrat hat gestern u. a. über die Ereignisse in Ungarn und die Politik der Bolschewisten beraten. Die vier Staatsoberhäupter studierten diese Frage eingehend an Hand einer eigens zu diesem Zweck hergestellten Landkarte. Sie endeten dabei zu ihrem Entschluß, daß der Volkswidrigkeit keine halbe Europa eröffnen habe. Aus der Gegenwart von Odesa liegen weitere ernste Nachrichten vor. Ferner regelte der Rat die Frage der deutschen Grenzen. Man will so bald wie möglich Frieden schließen, aber es muß darauf hingewiesen werden, daß die Formulierung des eigentlichen Vertrages, wenn auch das Prinzip der zu behandelnden Fragen festgelegt ist, noch viel Arbeit machen wird.

### Die schwierige Frage.

L.A. Genf, 27. März. Wie der Vertreter der L.A. erzählt, legte der Biermännerrat gestern keine geheimen Beratungen in der begangenen Woche vor. Die Frage der von Deutschland zu leistenden Entschädigungen bereitet immer noch große Schwierigkeiten. Man kann sich immer noch nicht einigen. Der Oberste Rat wird diese Frage also später festzustellen haben.

### Französische Rüstungen.

L.A. Genf, 27. März. Die neuen französischen Militärausgaben für das zweite Trimester 1919 haben folgende enormen Rüstungsausgaben vor: 47 Millionen für neue Personalgebälter, namentlich Generale und Admirale, 88 Millionen für die Beschaffung einer großen Anzahl von 75-Geschützen, 32 Millionen für Munition für diese Geschütze, 9 Millionen für Luftfahrzeugzeuge, namentlich Luftabwehr, 10 Millionen für schwere Artillerie und 30 Millionen für Munition derselben, 5 1/2 Millionen für Sturmwagen und Tanks, 16 Millionen für elektrische Lokomotiven,

950 000 Frs. für Maschinengewehre und schließlich 500 Millionen für den Bau von Luftschiffen, Geniematerial, Raketen und Sanitätsmaterial. Die Arbeiterzeitung „Populaire“ weist darauf hin, daß diese Anschläge dem Parlament verheimlicht worden seien.

### Die Arbeiterbewegung in Frankreich.

L.A. Genf, 27. März. Aus den in den letzten Tagen über eingetroffenen französischen Zeitungen ist trotz der strengen Zensur ersichtlich, daß die Arbeiterbewegung in ganz Frankreich an Umschwung und Kraft zunimmt. So haben sich die Arbeiter des Rhône-Departements zu einer gemeinschaftlichen Organisation zusammengeschlossen und fordern die sofortige Einführung des Achtstundentages. Auch aus Südfrankreich liegen Meldungen über ein einheitliches Vorgehen aller Arbeiterorganisationen vor. So haben die Arbeiter von Marseille in einer Tagesordnung, die einstimmig angenommen wurde, der Regierung Forderungen unterbreitet, die auf sofortige Demobilisierung, Einführung des Achtstundentages und Amnestie für politische Verbrechen lauten. Im Falle der Nichterfüllung ihrer Wünsche drohen sie mit der Proklamation des Generalstreiks.

Bern, 27. März. Nach einer Lyoner Meldung des „Progrès de Lyon“ hat der Nationalrat der französischen Arbeiterverbände sich erneut mit der Vertretung des Achtstundentages befaßt und sich einstimmig für eine industrielle Koalition erklärt, wie das schon in England bei den Industriearbeitern organisiert sei. Sämtliche Vertreter erklärten, die französische Arbeiterbewegung müsse nach dem 1. Mai im Vollbesitze ihrer Kraft und Aktionsfähigkeit sein. Die Delegierten der Eisenbahner hielten ihre Forderungen voll durch und haben offenbar erneut mit dem Generalstreik bei Nichterfüllung ihrer Wünsche gedroht. Der Delegierte Vidogarra erklärte im Namen von 265 000 Eisenbahnern, sie seien gewillt, am 1. Mai für den vollständigen Triumph ihrer Forderungen den Kampf zu beginnen.

### Prozeß Villain.

Paris, 27. März. In der fortgesetzten Verhandlung des Villainprozesses wurde eine Reihe von Zeugen vernommen, darunter die Deputierten und Direktoren der „Humanité“, Cahin, der ehemalige Ministerpräsident Ribot und Demis Cochon, die alle der tiefen Vaterlandsliebe des Ermordeten hohes Lob spendeten. Ribot betonte, Jaurès sei für eine Annäherung an England gewesen und würde in der Regierung für die Verteidigung des Landes große Dienste geleistet haben. Der Tod dieses Mannes sei ein Verlust nicht nur für seine Partei, sondern für das ganze Land. Albert Thomas hob hervor, daß es Jaurès zu verdanken gewesen sei, wenn die kriegerischen Arbeiter von der Notwendigkeit der Verteidigung überzeugt worden seien. Die geistvolle Stimmung bei Kriegsausbruch sei auch sein Verdienst gewesen. Abschließend äußerten sich auch Viviani, General Sarraill und Longueux. Longueux betonte, daß der Tod von Jaurès einen Verlust für die ganze Welt bedeute.

### Sozialisierung in Ungarn.

Budapest, 27. März. Der revolutionäre regierende Rat erließ eine Verordnung, der zufolge die Räterepublik alle diejenigen industriellen hausgewerblichen und erdbergbetriebe, deren Arbeiterzahl am 22. März 1919 20 überschreitet, unter die Kontrolle der Arbeiterschaft und unter gesellschaftliche Leitung stellt. Die herartig übernommenen Betriebe werden durch Volkskommissariate für soziale Produktion ernannte Kommissare geleitet. In zwischen dem Arbeiterrat des Betriebes und dem Produktionskommissar derselben in irgend einer Frage eine Meinungsverschiedenheit, so hat der Arbeiterrat sich im Besondere an den Volkskommissariat für soziale Produktion zu wenden, dessen Entscheidung verbindlich ist.

### Sozialisierung in Böhmen.

Prag, 27. März. In der Nationalversammlung ist gestern ein Gesetzentwurf angenommen worden, wonach der Reingewinn von einzelnen und Kleinunternehmen, die mehr als 50 Personen beschäftigen, zwischen den Unternehmern und Angestellten zu gleichen Teilen geteilt werden soll. Das Gesetz soll bis 1930 gelten.

### Abkündigung des Abels in Oesterreich.

Wien, 27. März. Korrespondenz. Im Hauptauftrag der Nationalversammlung hat Präsident Seitz über eine Reihe von Regierungsangelegenheiten an die Nationalversammlung berichtet, darunter Gelehe betreffend Aufhebung des Adels und gewisser Ehrentitel und Würden, betr. Landesverweisung und Uebernahme des Vermögens des Grafen Habsburg-Lothringen, betreffend Abschaffung der nicht im Völkerrat begründeten Territorialität, betreffend Aufhebung der Todesstrafe.

### Kleine Nachrichten.

Keine Rückkehr deutscher D-Zugs-Lokomotiven aus Frankreich. Wie die „B. P. N.“ an zuständiger Stelle erfahren, ist die Witterung von der Rückgabe schwerer deutscher D-Zugs-Lokomotiven durch Frankreich in keiner Weise den Tatsachen entsprechend. In der erwähnten Meldung hieß es, zahlreiche dieser Lokomotiven hätten bereits die mitteldeutschen Bahnhöfe passiert. Eine amtliche Anfrage bei der Eisenbahndirektion Halle hat ergeben, daß bei dieser Behörde davon nicht das geringste bekannt ist. Offenbar ist das Entstehen der Meldung auf Erzählungen aus Frankreich zurückzuführen.

2000 deutsche Sanitätsmannschaften aus amerikanischen Lagern trafen in Limburg als der ersten, vom Feinde nicht besetzten deutschen Stadt ein.

Wien, 26. März. B. P. In Deutschösterreich haben von heute an nur noch die deutschösterreichisch gestempelten Banknoten gesetzliche Zahlungsmittel.

### Badische Nationalversammlung.

In der gestrigen Kammer Sitzung wurden die Interpellationen über die Automobillinien behandelt, die eine Reihe Neben auslösten. Im Mittelpunkt standen dabei die Mitteilungen des Verkehrsministers Müller über die für demnächst in Aussicht genommenen Autolinien, denen sich eine Reihe Sonderwünsche angeschlossen.

#### 16. Öffentliche Sitzung.

gr. Karlsruhe, 27. März.

Präsident Kopf eröffnet die Sitzung um 9,15 Uhr. Im Eingang befindet sich der Entwurf eines Sperrgesetzes, der der Verfassungskommission überwiesen wird. Auf der Tagesordnung steht eine Reihe Interpellationen.

Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte begründet Abg. Spengler (Ztr.) seine Interpellation über die Erstellung von Autolinien und über die Errichtung einer Kraftwagenlinie Wertheim-Nüßheim-Gardheim-Cubitzheim. Wichtiger ist es, in dieser entlegenen Gegend den Verkehr zu beleben. Als Hauptziel für hier erreicht Wertheim eine Eisenbahn.

Abg. Kausch (Zog.) begründet seine Interpellation: „In die vorläufige Volkregierung bereit, Auskunft zu geben über die Erhaltung des Eisenbahnverkehrs durch Einrichtung von Automobillinien zur Sicherstellung der Nahrungsmittelversorgung.“ Ich möchte gleichzeitig für die eben behandelte Interpellation der Wertheimer Bahn antworten. Solange Eisenbahnen nicht erstellt werden können, müssen Autolinien gebaut werden. Es dürfen hier nicht nur finanzielle Fragen berücksichtigt werden, sondern das Wohl der Bevölkerung muß in Betracht kommen. Bei heutiger Lage muß der Frage der Verkehrserschließung erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt werden. Bei einem Ausbau der Verkehrsnetze könnten diese Amtsbezirke mehr als 100 bis 150 bis 200 Proz. des abzuliefernden Quantums, an Eier nur 0,3 bis 0,4 Proz. des abzuliefernden Quantums, an Fett nur 10,7 Proz. des Sollquantums. Wir wünschen daher baldige Erstellung der verlangten Autolinien. Wir bitten die Regierung, der Erstellung von Autolinien vorerst als Ersatzmittel für Eisenbahnen näher zu treten. Insbesondere wünschen wir folgende Autolinien: Biebelhau-Petersag-Wilhelmsfeld; der Linie Redarstein-Schönbach-Altenhof; der Linie Eberbach-Sachsenhausen und der Linie Osterburken-Madingen-Wallenberg. Durch die reiche Entfaltung der Arbeitsstelle von seinem Hause konnte der Arbeiter nicht in der Familie sein, da die Verkehrsmittel fehlen. Ich möchte hier durch Vermehrung der Verkehrsmittel mancherlei Besserung gebracht werden. Ich möchte fragen, wie es mit den Verhandlungen mit der hiesigen Regierung über Weiterführung der Bahn von Weinsheim steht. Wie sieht es mit der Regelung der Grenzverhältnisse zwischen Baden und Hessen bezüglich Abänderung einiger Grenzorte?

Abg. Duffner (Ztr.) richtet an die Regierung die kurze Anfrage wegen der Linie Jurtwangen-Waldloch und Jurtwangen bis Weibental.

Abg. Herbst (Ztr.) fragt an, wegen einer Autolinie im Weibental.

Minister Rüdert: Die Regierung teilt die Ausführungen der Interpellanten. Es besteht zweifellos ein Bedürfnis nach Autolinien. Die Regierung hält an ihren früheren Entschlüssen fest. Selbstverständlich können nicht alle Linien auf einmal gebaut werden, sondern es muß nach und nach gebaut werden. Bis jetzt sind hierfür ausgeworfen worden 2,1 Millionen. Zunächst werden in nächster Zeit zur Ausführung kommen: Gardheim-Nüßheim-Braunbach, Gardheim bis Tauberhainbach, Oberburten-Meringen-Krautheim, Redarstein-Schönbach, Roth-Malsch-St Leon über Redarstein-Nodenheim, Forstheim-Bauschlatt-Bretten, Forstheim-Tiefenbrunn-Nüßheim, Offenburg-Sand-Neß, Waldloch-Furtwangen, Freiburg-St. Peter-St. Margen, Freiburg bis Todmau über Schwanstanz-Neßberg oder Kirzgartener, Schönbach-Teperau, Schönbach-Weisbach-Todmoss, Salem bis Degenhausen, Donaueschingen-Balingen, Balingen-Niedersachsen, Singen-Neberlingen a. Rhod.-Nadolitzell, Griesen Wäldchen-Weissen, Minalshaus-Deilingen-Weisbach. Es ist nicht beachtenswert, die Gemeinden zu den laufenden Kosten heranzuziehen. Es soll nur eine einmalige Beihilfe unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit erfolgen. Als Tarif muß 10 Bfg. pro Kilometer in Aussicht genommen werden. Es sind bereits zehn Wagen in Auftrag gegeben und weitere sind in Bestellung. Die Regierung wird sich die möglichst rasche Ausführung angelegen sein lassen.

### Das verlassene Dorf.

Roman aus dem 30jährigen Kriege von Friedrich Thieme. (Nachdruck verboten.)  
Deshalb verhielt er sich gegen alle Bitten Arnes und alle Versuche, ihn umzustimmen, drohend ablehnend. Daß Margarete in Notwehr gehandelt, daß man sich gegenseitig im Kampfe betunden, daß sie nur das Leben des geliebten Gatten gerettet habe, all das erkannte er nicht an. „Weiber haben kein Recht, im Kampfe teilzunehmen“, erklärte er finstern. „Wer die Mörderin auch ist, und wäre sie eines Generals Frau“, rief er jäh, „sie muß hängen!“  
Mit schmerzvoller Seele kehrte der Hauptmann in das Quartier seines alten Waffengenosse zurück.  
„Nichts, ich seh' dir's gleich an“, rief ihm dieser entgegen. „Ja, ja, ich kenne den alten Eisenkopf. Sol mich dieser und seiner — da ist nichts zu machen.“  
„Voller nicht — es ist mir nicht einmal gestattet, von meiner lieben Frau Abschied zu nehmen. Ich sollte morgen früh auf den Richtplatz kommen, erklärte er mürrisch, da wäre Gelegenheit dazu.“  
„Und willst du das tun?“  
„Arne sentte traurig den Kopf, ohne zu antworten. Erst nach einiger Zeit schen er sich auf die Frage des Freundes zu bestimmen.  
„Warum nicht“, entgegnete er fast heftig. „Wo ist der Richtplatz?“  
„Sie werden nicht weit gehen. Wahrscheinlich gleich auf den Weiden drüben.“  
„Aber wird man mich auch durch Eure Posten lassen, ohne daß ich als Gefangener behandelt werde?“  
„Ich stelle dir einen Posten aus“, erbot sich der gutmütige Mitstreiter. „Das heißt, wenn du nicht überhaupt so lange hier bleiben willst.“  
„Ich mag die schrecklichen Vorbereitungen nicht mit an sehen. Wenn es dir recht ist, breche ich unverzüglich auf.“  
„Ganz nach deinem Belieben.“ Der Mitstreiter fertigte auf der Stelle den Posten aus, doch ließ er den Freund nicht scheiden, bis dieser nicht wenigstens das Mittagsessen mit ihm eingenommen hatte. Arne sah jedoch wie auf Kohlen, er sah nur wenige Wiesen und brach sofort auf, als die ihm verbrochene Gestirte bereit war.

vorangeht, daß nicht der Mangel an Gummi Schwierigkeiten bereitet. An der Linie Nüßheim-Gardheim wird festgehalten; ob die Linie bereits in Wertheim ihren Ausgangspunkt nehmen soll, werden wir nochmals prüfen. Wir hoffen, daß es gelingt, noch in diesem Jahre die Wünsche der Bevölkerung zu befriedigen, damit in Ransheim und Heideberg mit Eier gefüllte Autos ein treffen (Geleiter).

Es wird in die Besprechung der Interpellationen eingetreten. Abg. Bertle (Z-Nat.) tritt für die Linie Wertheim-Nüßheim-Gardheim ein.

Abg. Jehn (Zem.) schließt sich den Ausführungen der Vortredner an. Die wichtigste Linie ist die Linie Wertheim-Gardheim. Abg. Kiefer (Ztr.) tritt für die Autolinie im Hohenwald ein und wünscht staatlichen Postwagenverkehr.

Abg. Seubert (Ztr.) schließt sich den Ausführungen des Abg. Jehn an.

Abg. Schön (Zem.) freut sich, daß die Gemeinden nur zur erstmaligen Anschaffung sowie den Kosten der Automobilhallen herangezogen werden.

Verkehrsminister Rüdert: Ich möchte, daß nach den vor mir mitgeteilten Linien noch weitere Wünsche auftauchen. Ich spreche daher von den zunächst zu bauenden Linien. Auch die Eisenbahnen müßten erst nach und nach gebaut werden. Es muß auch auf den Zustand der Straßen Rücksicht genommen werden. Ich stelle mir vor, daß ein ganzes System von Autolinien kommt. Wir haben nicht vor, die Gemeinden in besonderer Weise heranzuziehen. Wir werden die gegenwärtigen Verhältnisse bei den Prüfungen berücksichtigen und ich glaube nicht, daß wir über 20 Proz. hinausgehen. Die Frage der Linie Wertheim-Gardheim und des Hohenwaldverkehrs werden wir nochmals prüfen.

Abg. Schell (Ztr.): Wenn der neuen Regierung die Durchführung der Autolinien gelingt, so ist sie der Sympathien des ganzen Landes gewiß. Einer der Gründe, daß so wenig Eier abgeliefert werden, liegt in der Seilweise der Soldaten, die weniger Mühe in der Abfertigung sind und zuerst selbst essen wollen. Wenn der Schleichhandel aufhört, steigt die Ablieferung der Lebensmittel.

Abg. Haig (Zog.): Ich möchte meine Freude über den Bau der Autolinien aussprechen. Der Schwarzwald ist jedoch dem Verkehr nicht so erschlossen, als zu wünschen wäre. Die Lebensmittelforderungen des Schwarzwalds wäre besser, wenn die Verkehrsnetze bessere wären. Mit den verprochenen Teilstrecken sind die Wünsche von Jurtwangen und Triebert nicht befriedigt. Auch die Linie Balingen-Niedersachsen ist nötig; ebenso die Linie Balingen-Niedersachsen über Königsfeld nach Peterszell.

Abg. Massa (Zem.) tritt für Linien in der Offenburg-Freiburger Gegend ein.

Abg. Spang (Ztr.): Jetzt rückt es sich, daß man früher die Bahnen nach politischen und nicht nach wirtschaftlichen Motiven baute. Bei den mitgeteilten Linien wollte nicht immer Sachkenntnis, da Bahnen dabei sind, die nicht so dringen sind.

Die Abg. Albiey (Ztr.), Ibris (Zem.), Duffner (Ztr.), Hummel (Zem.), Herbst (Zem.) äußern weitere Autolinienwünsche.

Abg. Großhans (Zog.): Ich möchte, daß mein Bezirk möglichst großzügig dem Verkehr erschlossen wird. Gegenüber dem Abg. Spang möchte ich sagen, daß es nicht umgehbar, den Wert des Projekts eines andern Bezirks, als man angeht, herabzumindern. Singen ist ein reich emporgelommener Industriort, ebenso wie Radolfzell. Die dort vorhandene Bahn erfüllt nicht die Notwendigkeiten. Deshalb sind die Autolinien nötig. Nicht nur die Arbeiterklasse, sondern auch die Landwirtschaft hat Interesse an den Linien. Die Regierung muß daher diese Projekte durchführen. Vom Verkehr ganz abgesehen, sind die Bezirke Balingen und Weisbach. Ich bitte daher den Fortschritt, den uns die Projekte bringen und bitte um Berücksichtigung dieser Gegenden für den Verkehr. Der Zukunft bleibt es vorbehalten, hier mit positiven Vorschlägen voranzugehen. Die baldige Durchführung des Projekts Singen-Radolfzell ist der aber dringender erwünscht.

Verkehrsminister Rüdert betont nochmals, daß die zugesagten Projekte nur einen Anfang darstellen, denen weitere folgen.

Nach weiteren Ausführungen der Abg. Grlacher (Ztr.), Marth (Ztr.), Weishaupt (Ztr.), Spengler (Ztr.) und Kausch (Zog.), der im Hinblick an die Ausführungen des Abg. Schell die Landbevölkerung bittet, so großen Sachverständigen, die nicht mit Nachdruck auszuheben, sondern die waggungsweise kommen, wie ein dieser Tage aus der Gegend von Wimpfen gelommener Wagon beweise, und einer persönlichen Bemerkung des Abg. Spang, wird die Behandlung der Interpellationen geschlossen.

Nach kurzen Bemerkungen der Abg. Kiefer (Zem.), Schöfer (Ztr.), Remete (Zog.) wird die Sitzung um 12,15 Uhr geschlossen.

### Erstes Kapitel.

Margarete hatte sich unterdessen einer wenigen menschenwürdigen Behandlung zu rühmen. Sie wurde zunächst dem Prohof und darauf von diesem dem Obristen von Helfgarden zugewiesen. Letzterer, der bereits die Nachricht von dem Vorgefallenen empfangen und an der Waise seines Bruders gestanden hatte, geriet bei dem Anblick der „Mörderin“, wie er die junge Frau nannte, ganz außer sich. All sein Schmerz verwandelte sich in Zorn.  
„Dirne, du hast gewagt, die Hand gegen einen kaiserlichen Offizier zu erheben.“ rief er sie mit Donnerstimme an, indem er wütend den Säbel gegen sie zielte.  
Margarete blickte ihn bedeuend, aber fest an und entgegnete: „Herr, mir tut leid, was ich tat, ich fürchte auch, es war nicht einmal mein freier Entschluß. Ich hielt die Muskete in der Hand, ich sah meines Gatten Leben bedroht war — da legte ich auf den Bedroger an und drückte ab.“  
„Wer gab dir das Recht, dich in den Streit der Männer zu mischen?“ brüllte der Obrist, dessen Stirnadern gleich blutigen Strömen aufquollen.  
„Die Liebe zu meinem Manne“, antwortete Margarete furchtlos.  
„Seid Ihr wirklich die rechtmäßige Frau des gefangenen Offiziers?“ nahm hier der Prohof das Wort auf.  
„Ja.“  
„Wann Ihr es nachweisen?“  
„Mein Mann hat den Trauschein im Besitz.“  
„Wie heißt Euer Mann?“  
Der Obrist sprang erregt von dem Stuhle, auf dem er sich niedergelassen, auf.  
„Gleichviel, ob verheiratet oder nicht“, rief er mit flammenden Augen. „Die Mörderin muß hängen. Rufft die Stadtschnee, Prohof, und knüpft sie am nächsten Baume auf.“  
Margarete erblökte. Sie hätte ihr Herz ja selber durch ihre Tat befallen und war mit einer schweren Strafe oder vielmehr Rache der Sieger gefaßt, nicht aber auf ein so jähes gewalttames Ende ohne Urteil und Vorbereitung.  
„Bist Du, Herr“, lebte sie anstößend und mit strömenden Tränen, „habt mir einige Stunden Zeit zur Vorbereitung meines Anmens und zum Abschied von meinem Gatten. Gott ist mein Freund, ich war meines Geistes, meiner Sinne nicht mächtig in jenem Augenblick — Wenn Ihr aber eine so schwere Sühne über mich verhängt, so sendet mir wenigstens einen Priester meines Glaubens und laßt mir Zeit, meine irdische Rechnung abzuschließen.“

### Eine Auseinandersetzung über die neue badische Verfassung.

Nächste Sitzung: Freitag, 28. März, vormittags 9 Uhr. Tagesordnung: Gesetz über die Volksabstimmung, Verwaltungsgegesetz, Interpellationen.  
Eine Konferenz der A., Z. und V. Kl. des Landeskommissariats Manheim fand am Dienstag im „Deutschen Haus“ in Heidelberg statt. Es nahmen daran 45 Delegierte aus 20 Orten und 2 Mitglieder des Eisenrathes teil. Zum Vorsitzenden der Versammlung wurde der Vorsitzende des Vollzugsausschusses des Arbeiterrats Manheim, Genosse Strobel, bestimmt. Gen. Maier-Heidelberg, V. d. A. und des Dreimänner-Kollegiums, referierte über die badische Verfassung. Aus seinen Ausführungen entnehmen wir: Der Verfassungsentwurf des Genossen Fick weicht nur in wenigen Punkten von der jetzigen Vorlage ab. Wenn man die Verfassung kritisch betrachtet, muß man sie als Ganzes nehmen. Im Zusammenhang betrachtet ist sie, obwohl Einzelheiten wohl zu beanstanden sind, gut. Weil es ein Entwurf eines Sozialdemokraten war, hat die Sozialdemokratie zu ihm wenig Anträge zu stellen, das gab aber nach außen hin den Anschein, als arbeite die Sozialdemokratie nicht voll mit. Dem ist nicht so Gerade in zwei der wichtigsten Streitpunkte, der Frage der Ertien Kammer und des geplanten Staatspräsidenten ist reiflos zugunsten der Sozialdemokratie entschieden worden. Die ganze Macht liegt jetzt beim Volke. Der Referent ging im weiteren auf einzelne Paragraphen und deren Bedeutung ein. Die Verfassung bringt, führte Gen. Maier aus, die Veränderung der Konstitutionsrecht. Dort, wo Betriebe zur Sozialisierung reif sind und deren Vergesellschaftung künftighin zu erwarten ist, steht ihr verfassungsrechtlich nichts im Wege. Bei der Regelung der Staatsstellen ist mit dem Grundsatz der Schulbildung abgesehen, sie sollen ohne Unterschied des Geschlechts durch die bestmöglichen Personen besetzt werden. Bei der Durchführung dieses Prinzips wird es wohl noch manche Schwierigkeiten geben. Die Trennung von Kirche und Staat durchzuführen, war uns nicht möglich. Recht sind alle Religionsgemeinschaften im Staate in der Regel, ihre Anknüpfung heranzuziehen. Die Totalkosten von 750 000 Mark jährlich sind in der Verfassung selbst verankert, sondern nur im Gesetz. Es liegt also im Bereich des Möglichen, im Jahre 1924 die weitere Devisen zu unterbinden. Auch der Religionsunterschied ist nur geschwächt und nicht verfassungsmäßig anerkannt. Wenn die Lehrer rückgräft und freischulisch geformt sind, so werden sie den Posten in unserem Sinne auffassen. Die Verfassung führt den Schulzwang ein. Durch Aufhebung des § 137 des Schulgesetzes haben wir verhindert, daß konfessionelle Schulen errichtet werden. Der Landtag hat die Kontrolle und das Aufsichtsrecht. Was die Abfindung des Großherzogs betrifft, so handelt es sich nicht um eine Abfindung für die Personlichkeit, sondern um ein lazes Reichsamt als zivilrechtlicher Art. Die Domänen haben einen Schatzwert von 180 Millionen Mark. Neben den 6 Millionen bekommt der ehemalige Großherzog drei Schöffer. Die Frage der Wohnungsnot hat damit nichts zu tun, das ist Sache der Gemeinde, in der der ehemalige Großherzog noch ein Schloß ausgebaut erhält, also z. B. Baden-Baden oder Freiburg. Wir haben der Verfassung zugestimmt, weil sie demokratisch ist, weil sie brauchbar ist — trotz einiger Mängel — und weil sie die politische Revolution zum Abschluß bringt und die Grundlage bietet zur Vervollständigung der sozialen Revolution.  
Den der A.S.B. anstehenden Delegationen war auf Wunsch ein Korreferat zugeteilt worden. Korreferent war Genosse Schwarzmann. Auch er ging auf die einzelnen Paragraphen der Verfassungsvorlage ein, die seine Zustimmung nicht findet. Was wir erleben, führte er aus, ist die entgegengesetzte Entwicklung des bei der Novemberrevolution Erwarteten. Wir wollten einmal die Macht als Recht anerkennen und wenn wir das hätten, dann würden wir Monarchie (aber nicht engbrüstig Feindschaft) ausüben. Auch heute noch, trotz Nationalparlament, haben wir die Macht in Händen und wir hätten die Pflicht, zu verhandeln, den Verfassungsentwurf zu verhindern, weil er, bliebe er bestehen, die Entwicklung zum Sozialismus aufhalten würde. Ohne die Revolution wäre der Verfassungsentwurf ein ungeheures Fortschritt, nach der Revolution bedeutet er Rückschritt, er zeigt, wie weit die Macht des Kapitalismus schon wieder gewachsen ist. Der Vorschlag, der eine sechsmonatliche Staatsanwaltschaft als Vorbedingung der Wahlberechtigung verlangt, schließt bei dem vorausgesetzenden vielfachen Wechsel des Wohnorts Tausende von der Wahlhandlung aus. Die Trennung von Staat und Kirche und Schule und Kirche hätte unbedingt durchgeführt werden müssen. Was wir durch die Einführung der Pressefreiheit erreichen könnten, wird durch den geistlichen Zwang wieder aufgehoben. Die Neuschaffung nichtkonfessioneller Schulen ist doch zugelassen. Auch bezüglich der Gesetze über Steuern und Abgaben

Nächste Sitzung: Freitag, 28. März, vormittags 9 Uhr. Tagesordnung: Gesetz über die Volksabstimmung, Verwaltungsgegesetz, Interpellationen.

### Eine Auseinandersetzung über die neue badische Verfassung.

Eine Konferenz der A., Z. und V. Kl. des Landeskommissariats Manheim fand am Dienstag im „Deutschen Haus“ in Heidelberg statt. Es nahmen daran 45 Delegierte aus 20 Orten und 2 Mitglieder des Eisenrathes teil. Zum Vorsitzenden der Versammlung wurde der Vorsitzende des Vollzugsausschusses des Arbeiterrats Manheim, Genosse Strobel, bestimmt. Gen. Maier-Heidelberg, V. d. A. und des Dreimänner-Kollegiums, referierte über die badische Verfassung. Aus seinen Ausführungen entnehmen wir: Der Verfassungsentwurf des Genossen Fick weicht nur in wenigen Punkten von der jetzigen Vorlage ab. Wenn man die Verfassung kritisch betrachtet, muß man sie als Ganzes nehmen. Im Zusammenhang betrachtet ist sie, obwohl Einzelheiten wohl zu beanstanden sind, gut. Weil es ein Entwurf eines Sozialdemokraten war, hat die Sozialdemokratie zu ihm wenig Anträge zu stellen, das gab aber nach außen hin den Anschein, als arbeite die Sozialdemokratie nicht voll mit. Dem ist nicht so Gerade in zwei der wichtigsten Streitpunkte, der Frage der Ertien Kammer und des geplanten Staatspräsidenten ist reiflos zugunsten der Sozialdemokratie entschieden worden. Die ganze Macht liegt jetzt beim Volke. Der Referent ging im weiteren auf einzelne Paragraphen und deren Bedeutung ein. Die Verfassung bringt, führte Gen. Maier aus, die Veränderung der Konstitutionsrecht. Dort, wo Betriebe zur Sozialisierung reif sind und deren Vergesellschaftung künftighin zu erwarten ist, steht ihr verfassungsrechtlich nichts im Wege. Bei der Regelung der Staatsstellen ist mit dem Grundsatz der Schulbildung abgesehen, sie sollen ohne Unterschied des Geschlechts durch die bestmöglichen Personen besetzt werden. Bei der Durchführung dieses Prinzips wird es wohl noch manche Schwierigkeiten geben. Die Trennung von Kirche und Staat durchzuführen, war uns nicht möglich. Recht sind alle Religionsgemeinschaften im Staate in der Regel, ihre Anknüpfung heranzuziehen. Die Totalkosten von 750 000 Mark jährlich sind in der Verfassung selbst verankert, sondern nur im Gesetz. Es liegt also im Bereich des Möglichen, im Jahre 1924 die weitere Devisen zu unterbinden. Auch der Religionsunterschied ist nur geschwächt und nicht verfassungsmäßig anerkannt. Wenn die Lehrer rückgräft und freischulisch geformt sind, so werden sie den Posten in unserem Sinne auffassen. Die Verfassung führt den Schulzwang ein. Durch Aufhebung des § 137 des Schulgesetzes haben wir verhindert, daß konfessionelle Schulen errichtet werden. Der Landtag hat die Kontrolle und das Aufsichtsrecht. Was die Abfindung des Großherzogs betrifft, so handelt es sich nicht um eine Abfindung für die Personlichkeit, sondern um ein lazes Reichsamt als zivilrechtlicher Art. Die Domänen haben einen Schatzwert von 180 Millionen Mark. Neben den 6 Millionen bekommt der ehemalige Großherzog drei Schöffer. Die Frage der Wohnungsnot hat damit nichts zu tun, das ist Sache der Gemeinde, in der der ehemalige Großherzog noch ein Schloß ausgebaut erhält, also z. B. Baden-Baden oder Freiburg. Wir haben der Verfassung zugestimmt, weil sie demokratisch ist, weil sie brauchbar ist — trotz einiger Mängel — und weil sie die politische Revolution zum Abschluß bringt und die Grundlage bietet zur Vervollständigung der sozialen Revolution.  
Den der A.S.B. anstehenden Delegationen war auf Wunsch ein Korreferat zugeteilt worden. Korreferent war Genosse Schwarzmann. Auch er ging auf die einzelnen Paragraphen der Verfassungsvorlage ein, die seine Zustimmung nicht findet. Was wir erleben, führte er aus, ist die entgegengesetzte Entwicklung des bei der Novemberrevolution Erwarteten. Wir wollten einmal die Macht als Recht anerkennen und wenn wir das hätten, dann würden wir Monarchie (aber nicht engbrüstig Feindschaft) ausüben. Auch heute noch, trotz Nationalparlament, haben wir die Macht in Händen und wir hätten die Pflicht, zu verhandeln, den Verfassungsentwurf zu verhindern, weil er, bliebe er bestehen, die Entwicklung zum Sozialismus aufhalten würde. Ohne die Revolution wäre der Verfassungsentwurf ein ungeheures Fortschritt, nach der Revolution bedeutet er Rückschritt, er zeigt, wie weit die Macht des Kapitalismus schon wieder gewachsen ist. Der Vorschlag, der eine sechsmonatliche Staatsanwaltschaft als Vorbedingung der Wahlberechtigung verlangt, schließt bei dem vorausgesetzenden vielfachen Wechsel des Wohnorts Tausende von der Wahlhandlung aus. Die Trennung von Staat und Kirche und Schule und Kirche hätte unbedingt durchgeführt werden müssen. Was wir durch die Einführung der Pressefreiheit erreichen könnten, wird durch den geistlichen Zwang wieder aufgehoben. Die Neuschaffung nichtkonfessioneller Schulen ist doch zugelassen. Auch bezüglich der Gesetze über Steuern und Abgaben

Den der A.S.B. anstehenden Delegationen war auf Wunsch ein Korreferat zugeteilt worden. Korreferent war Genosse Schwarzmann. Auch er ging auf die einzelnen Paragraphen der Verfassungsvorlage ein, die seine Zustimmung nicht findet. Was wir erleben, führte er aus, ist die entgegengesetzte Entwicklung des bei der Novemberrevolution Erwarteten. Wir wollten einmal die Macht als Recht anerkennen und wenn wir das hätten, dann würden wir Monarchie (aber nicht engbrüstig Feindschaft) ausüben. Auch heute noch, trotz Nationalparlament, haben wir die Macht in Händen und wir hätten die Pflicht, zu verhandeln, den Verfassungsentwurf zu verhindern, weil er, bliebe er bestehen, die Entwicklung zum Sozialismus aufhalten würde. Ohne die Revolution wäre der Verfassungsentwurf ein ungeheures Fortschritt, nach der Revolution bedeutet er Rückschritt, er zeigt, wie weit die Macht des Kapitalismus schon wieder gewachsen ist. Der Vorschlag, der eine sechsmonatliche Staatsanwaltschaft als Vorbedingung der Wahlberechtigung verlangt, schließt bei dem vorausgesetzenden vielfachen Wechsel des Wohnorts Tausende von der Wahlhandlung aus. Die Trennung von Staat und Kirche und Schule und Kirche hätte unbedingt durchgeführt werden müssen. Was wir durch die Einführung der Pressefreiheit erreichen könnten, wird durch den geistlichen Zwang wieder aufgehoben. Die Neuschaffung nichtkonfessioneller Schulen ist doch zugelassen. Auch bezüglich der Gesetze über Steuern und Abgaben

Den der A.S.B. anstehenden Delegationen war auf Wunsch ein Korreferat zugeteilt worden. Korreferent war Genosse Schwarzmann. Auch er ging auf die einzelnen Paragraphen der Verfassungsvorlage ein, die seine Zustimmung nicht findet. Was wir erleben, führte er aus, ist die entgegengesetzte Entwicklung des bei der Novemberrevolution Erwarteten. Wir wollten einmal die Macht als Recht anerkennen und wenn wir das hätten, dann würden wir Monarchie (aber nicht engbrüstig Feindschaft) ausüben. Auch heute noch, trotz Nationalparlament, haben wir die Macht in Händen und wir hätten die Pflicht, zu verhandeln, den Verfassungsentwurf zu verhindern, weil er, bliebe er bestehen, die Entwicklung zum Sozialismus aufhalten würde. Ohne die Revolution wäre der Verfassungsentwurf ein ungeheures Fortschritt, nach der Revolution bedeutet er Rückschritt, er zeigt, wie weit die Macht des Kapitalismus schon wieder gewachsen ist. Der Vorschlag, der eine sechsmonatliche Staatsanwaltschaft als Vorbedingung der Wahlberechtigung verlangt, schließt bei dem vorausgesetzenden vielfachen Wechsel des Wohnorts Tausende von der Wahlhandlung aus. Die Trennung von Staat und Kirche und Schule und Kirche hätte unbedingt durchgeführt werden müssen. Was wir durch die Einführung der Pressefreiheit erreichen könnten, wird durch den geistlichen Zwang wieder aufgehoben. Die Neuschaffung nichtkonfessioneller Schulen ist doch zugelassen. Auch bezüglich der Gesetze über Steuern und Abgaben

Den der A.S.B. anstehenden Delegationen war auf Wunsch ein Korreferat zugeteilt worden. Korreferent war Genosse Schwarzmann. Auch er ging auf die einzelnen Paragraphen der Verfassungsvorlage ein, die seine Zustimmung nicht findet. Was wir erleben, führte er aus, ist die entgegengesetzte Entwicklung des bei der Novemberrevolution Erwarteten. Wir wollten einmal die Macht als Recht anerkennen und wenn wir das hätten, dann würden wir Monarchie (aber nicht engbrüstig Feindschaft) ausüben. Auch heute noch, trotz Nationalparlament, haben wir die Macht in Händen und wir hätten die Pflicht, zu verhandeln, den Verfassungsentwurf zu verhindern, weil er, bliebe er bestehen, die Entwicklung zum Sozialismus aufhalten würde. Ohne die Revolution wäre der Verfassungsentwurf ein ungeheures Fortschritt, nach der Revolution bedeutet er Rückschritt, er zeigt, wie weit die Macht des Kapitalismus schon wieder gewachsen ist. Der Vorschlag, der eine sechsmonatliche Staatsanwaltschaft als Vorbedingung der Wahlberechtigung verlangt, schließt bei dem vorausgesetzenden vielfachen Wechsel des Wohnorts Tausende von der Wahlhandlung aus. Die Trennung von Staat und Kirche und Schule und Kirche hätte unbedingt durchgeführt werden müssen. Was wir durch die Einführung der Pressefreiheit erreichen könnten, wird durch den geistlichen Zwang wieder aufgehoben. Die Neuschaffung nichtkonfessioneller Schulen ist doch zugelassen. Auch bezüglich der Gesetze über Steuern und Abgaben

Den der A.S.B. anstehenden Delegationen war auf Wunsch ein Korreferat zugeteilt worden. Korreferent war Genosse Schwarzmann. Auch er ging auf die einzelnen Paragraphen der Verfassungsvorlage ein, die seine Zustimmung nicht findet. Was wir erleben, führte er aus, ist die entgegengesetzte Entwicklung des bei der Novemberrevolution Erwarteten. Wir wollten einmal die Macht als Recht anerkennen und wenn wir das hätten, dann würden wir Monarchie (aber nicht engbrüstig Feindschaft) ausüben. Auch heute noch, trotz Nationalparlament, haben wir die Macht in Händen und wir hätten die Pflicht, zu verhandeln, den Verfassungsentwurf zu verhindern, weil er, bliebe er bestehen, die Entwicklung zum Sozialismus aufhalten würde. Ohne die Revolution wäre der Verfassungsentwurf ein ungeheures Fortschritt, nach der Revolution bedeutet er Rückschritt, er zeigt, wie weit die Macht des Kapitalismus schon wieder gewachsen ist. Der Vorschlag, der eine sechsmonatliche Staatsanwaltschaft als Vorbedingung der Wahlberechtigung verlangt, schließt bei dem vorausgesetzenden vielfachen Wechsel des Wohnorts Tausende von der Wahlhandlung aus. Die Trennung von Staat und Kirche und Schule und Kirche hätte unbedingt durchgeführt werden müssen. Was wir durch die Einführung der Pressefreiheit erreichen könnten, wird durch den geistlichen Zwang wieder aufgehoben. Die Neuschaffung nichtkonfessioneller Schulen ist doch zugelassen. Auch bezüglich der Gesetze über Steuern und Abgaben

Den der A.S.B. anstehenden Delegationen war auf Wunsch ein Korreferat zugeteilt worden. Korreferent war Genosse Schwarzmann. Auch er ging auf die einzelnen Paragraphen der Verfassungsvorlage ein, die seine Zustimmung nicht findet. Was wir erleben, führte er aus, ist die entgegengesetzte Entwicklung des bei der Novemberrevolution Erwarteten. Wir wollten einmal die Macht als Recht anerkennen und wenn wir das hätten, dann würden wir Monarchie (aber nicht engbrüstig Feindschaft) ausüben. Auch heute noch, trotz Nationalparlament, haben wir die Macht in Händen und wir hätten die Pflicht, zu verhandeln, den Verfassungsentwurf zu verhindern, weil er, bliebe er bestehen, die Entwicklung zum Sozialismus aufhalten würde. Ohne die Revolution wäre der Verfassungsentwurf ein ungeheures Fortschritt, nach der Revolution bedeutet er Rückschritt, er zeigt, wie weit die Macht des Kapitalismus schon wieder gewachsen ist. Der Vorschlag, der eine sechsmonatliche Staatsanwaltschaft als Vorbedingung der Wahlberechtigung verlangt, schließt bei dem vorausgesetzenden vielfachen Wechsel des Wohnorts Tausende von der Wahlhandlung aus. Die Trennung von Staat und Kirche und Schule und Kirche hätte unbedingt durchgeführt werden müssen. Was wir durch die Einführung der Pressefreiheit erreichen könnten, wird durch den geistlichen Zwang wieder aufgehoben. Die Neuschaffung nichtkonfessioneller Schulen ist doch zugelassen. Auch bezüglich der Gesetze über Steuern und Abgaben

Den der A.S.B. anstehenden Delegationen war auf Wunsch ein Korreferat zugeteilt worden. Korreferent war Genosse Schwarzmann. Auch er ging auf die einzelnen Paragraphen der Verfassungsvorlage ein, die seine Zustimmung nicht findet. Was wir erleben, führte er aus, ist die entgegengesetzte Entwicklung des bei der Novemberrevolution Erwarteten. Wir wollten einmal die Macht als Recht anerkennen und wenn wir das hätten, dann würden wir Monarchie (aber nicht engbrüstig Feindschaft) ausüben. Auch heute noch, trotz Nationalparlament, haben wir die Macht in Händen und wir hätten die Pflicht, zu verhandeln, den Verfassungsentwurf zu verhindern, weil er, bliebe er bestehen, die Entwicklung zum Sozialismus aufhalten würde. Ohne die Revolution wäre der Verfassungsentwurf ein ungeheures Fortschritt, nach der Revolution bedeutet er Rückschritt, er zeigt, wie weit die Macht des Kapitalismus schon wieder gewachsen ist. Der Vorschlag, der eine sechsmonatliche Staatsanwaltschaft als Vorbedingung der Wahlberechtigung verlangt, schließt bei dem vorausgesetzenden vielfachen Wechsel des Wohnorts Tausende von der Wahlhandlung aus. Die Trennung von Staat und Kirche und Schule und Kirche hätte unbedingt durchgeführt werden müssen. Was wir durch die Einführung der Pressefreiheit erreichen könnten, wird durch den geistlichen Zwang wieder aufgehoben. Die Neuschaffung nichtkonfessioneller Schulen ist doch zugelassen. Auch bezüglich der Gesetze über Steuern und Abgaben

Den der A.S.B. anstehenden Delegationen war auf Wunsch ein Korreferat zugeteilt worden. Korreferent war Genosse Schwarzmann. Auch er ging auf die einzelnen Paragraphen der Verfassungsvorlage ein, die seine Zustimmung nicht findet. Was wir erleben, führte er aus, ist die entgegengesetzte Entwicklung des bei der Novemberrevolution Erwarteten. Wir wollten einmal die Macht als Recht anerkennen und wenn wir das hätten, dann würden wir Monarchie (aber nicht engbrüstig Feindschaft) ausüben. Auch heute noch, trotz Nationalparlament, haben wir die Macht in Händen und wir hätten die Pflicht, zu verhandeln, den Verfassungsentwurf zu verhindern, weil er, bliebe er bestehen, die Entwicklung zum Sozialismus aufhalten würde. Ohne die Revolution wäre der Verfassungsentwurf ein ungeheures Fortschritt, nach der Revolution bedeutet er Rückschritt, er zeigt, wie weit die Macht des Kapitalismus schon wieder gewachsen ist. Der Vorschlag, der eine sechsmonatliche Staatsanwaltschaft als Vorbedingung der Wahlberechtigung verlangt, schließt bei dem vorausgesetzenden vielfachen Wechsel des Wohnorts Tausende von der Wahlhandlung aus. Die Trennung von Staat und Kirche und Schule und Kirche hätte unbedingt durchgeführt werden müssen. Was wir durch die Einführung der Pressefreiheit erreichen könnten, wird durch den geistlichen Zwang wieder aufgehoben. Die Neuschaffung nichtkonfessioneller Schulen ist doch zugelassen. Auch bezüglich der Gesetze über Steuern und Abgaben

Den der A.S.B. anstehenden Delegationen war auf Wunsch ein Korreferat zugeteilt worden. Korreferent war Genosse Schwarzmann. Auch er ging auf die einzelnen Paragraphen der Verfassungsvorlage ein, die seine Zustimmung nicht findet. Was wir erleben, führte er aus, ist die entgegengesetzte Entwicklung des bei der Novemberrevolution Erwarteten. Wir wollten einmal die Macht als Recht anerkennen und wenn wir das hätten, dann würden wir Monarchie (aber nicht engbrüstig Feindschaft) ausüben. Auch heute noch, trotz Nationalparlament, haben wir die Macht in Händen und wir hätten die Pflicht, zu verhandeln, den Verfassungsentwurf zu verhindern, weil er, bliebe er bestehen, die Entwicklung zum Sozialismus aufhalten würde. Ohne die Revolution wäre der Verfassungsentwurf ein ungeheures Fortschritt, nach der Revolution bedeutet er Rückschritt, er zeigt, wie weit die Macht des Kapitalismus schon wieder gewachsen ist. Der Vorschlag, der eine sechsmonatliche Staatsanwaltschaft als Vorbedingung der Wahlberechtigung verlangt, schließt bei dem vorausgesetzenden vielfachen Wechsel des Wohnorts Tausende von der Wahlhandlung aus. Die Trennung von Staat und Kirche und Schule und Kirche hätte unbedingt durchgeführt werden müssen. Was wir durch die Einführung der Pressefreiheit erreichen könnten, wird durch den geistlichen Zwang wieder aufgehoben. Die Neuschaffung nichtkonfessioneller Schulen ist doch zugelassen. Auch bezüglich der Gesetze über Steuern und Abgaben

Den der A.S.B. anstehenden Delegationen war auf Wunsch ein Korreferat zugeteilt worden. Korreferent war Genosse Schwarzmann. Auch er ging auf die einzelnen Paragraphen der Verfassungsvorlage ein, die seine Zustimmung nicht findet. Was wir erleben, führte er aus, ist die entgegengesetzte Entwicklung des bei der Novemberrevolution Erwarteten. Wir wollten einmal die Macht als Recht anerkennen und wenn wir das hätten, dann würden wir Monarchie (aber nicht engbrüstig Feindschaft) ausüben. Auch heute noch, trotz Nationalparlament, haben wir die Macht in Händen und wir hätten die Pflicht, zu verhandeln, den Verfassungsentwurf zu verhindern, weil er, bliebe er bestehen, die Entwicklung zum Sozialismus aufhalten würde. Ohne die Revolution wäre der Verfassungsentwurf ein ungeheures Fortschritt, nach der Revolution bedeutet er Rückschritt, er zeigt, wie weit die Macht des Kapitalismus schon wieder gewachsen ist. Der Vorschlag, der eine sechsmonatliche Staatsanwaltschaft als Vorbedingung der Wahlberechtigung verlangt, schließt bei dem vorausgesetzenden vielfachen Wechsel des Wohnorts Tausende von der Wahlhandlung aus. Die Trennung von Staat und Kirche und Schule und Kirche hätte unbedingt durchgeführt werden müssen. Was wir durch die Einführung der Pressefreiheit erreichen könnten, wird durch den geistlichen Zwang wieder aufgehoben. Die Neuschaffung nichtkonfessioneller Schulen ist doch zugelassen. Auch bezüglich der Gesetze über Steuern und Abgaben

Den der A.S.B. anstehenden Delegationen war auf Wunsch ein Korreferat zugeteilt worden. Korreferent war Genosse Schwarzmann. Auch er ging auf die einzelnen Paragraphen der Verfassungsvorlage ein, die seine Zustimmung nicht findet. Was wir erleben, führte er aus, ist die entgegengesetzte Entwicklung des bei der Novemberrevolution Erwarteten. Wir wollten einmal die Macht als Recht anerkennen und wenn wir das hätten, dann würden wir Monarchie (aber nicht engbrüstig Feindschaft) ausüben. Auch heute noch, trotz Nationalparlament, haben wir die Macht in Händen und wir hätten die Pflicht, zu verhandeln, den Verfassungsentwurf zu verhindern, weil er, bliebe er bestehen, die Entwicklung zum Sozialismus aufhalten würde. Ohne die Revolution wäre der Verfassungsentwurf ein ungeheures Fortschritt, nach der Revolution bedeutet er Rückschritt, er zeigt, wie weit die Macht des Kapitalismus schon wieder gewachsen ist. Der Vorschlag, der eine sechsmonatliche Staatsanwaltschaft als Vorbedingung der Wahlberechtigung verlangt, schließt bei dem vorausgesetzenden vielfachen Wechsel des Wohnorts Tausende von der Wahlhandlung aus. Die Trennung von Staat und Kirche und Schule und Kirche hätte unbedingt durchgeführt werden müssen. Was wir durch die Einführung der Pressefreiheit erreichen könnten, wird durch den geistlichen Zwang wieder aufgehoben. Die Neuschaffung nichtkonfessioneller Schulen ist doch zugelassen. Auch bezüglich der Gesetze über Steuern und Abgaben

Den der A.S.B. anstehenden Delegationen war auf Wunsch ein Korreferat zugeteilt worden. Korreferent war Genosse Schwarzmann. Auch er ging auf die einzelnen Paragraphen der Verfassungsvorlage ein, die seine Zustimmung nicht findet. Was wir erleben, führte er aus, ist die entgegengesetzte Entwicklung des bei der Novemberrevolution Erwarteten. Wir wollten einmal die Macht als Recht anerkennen und wenn wir das hätten, dann würden wir Monarchie (aber nicht engbrüstig Feindschaft) ausüben. Auch heute noch, trotz Nationalparlament, haben wir die Macht in Händen und wir hätten die Pflicht, zu verhandeln, den Verfassungsentwurf zu verhindern, weil er, bliebe er bestehen, die Entwicklung zum Sozialismus aufhalten würde. Ohne die Revolution wäre der Verfassungsentwurf ein ungeheures Fortschritt, nach der Revolution bedeutet er Rückschritt, er zeigt, wie weit die Macht des Kapitalismus schon wieder gewachsen ist. Der Vorschlag, der eine sechsmonatliche Staatsanwaltschaft als Vorbedingung der Wahlberechtigung verlangt, schließt bei dem vorausgesetzenden vielfachen Wechsel des Wohnorts Tausende von der Wahlhandlung aus. Die Trennung von Staat und Kirche und Schule und Kirche hätte unbedingt durchgeführt werden müssen. Was wir durch die Einführung der Pressefreiheit erreichen könnten, wird durch den geistlichen Zwang wieder aufgehoben. Die Neuschaffung nichtkonfessioneller Schulen ist doch zugelassen. Auch bezüglich der Gesetze über Steuern und Abgaben

Den der A.S.B. anstehenden Delegationen war auf Wunsch ein Korreferat zugeteilt worden. Korreferent war Genosse Schwarzmann. Auch er ging auf die einzelnen Paragraphen der Verfassungsvorlage ein, die seine Zustimmung nicht findet. Was wir erleben, führte er aus, ist die entgegengesetzte Entwicklung des bei der Novemberrevolution Erwarteten. Wir wollten einmal die Macht als Recht anerkennen und wenn wir das hätten, dann würden wir Monarchie (aber nicht engbrüstig Feindschaft) ausüben. Auch heute noch, trotz Nationalparlament, haben wir die Macht in Händen und wir hätten die Pflicht, zu verhandeln, den Verfassungsentwurf zu verhindern, weil er, bliebe er bestehen, die Entwicklung zum Sozialismus aufhalten würde. Ohne die Revolution wäre der Verfassungsentwurf ein ungeheures Fortschritt, nach der Revolution bedeutet er Rückschritt, er zeigt, wie weit die Macht des Kapitalismus schon wieder gewachsen ist. Der Vorschlag, der eine sechsmonatliche Staatsanwaltschaft als Vorbedingung der Wahlberechtigung verlangt, schließt bei dem vorausgesetzenden vielfachen Wechsel des Wohnorts Tausende von der Wahlhandlung aus. Die Trennung von Staat und Kirche und Schule und Kirche hätte unbedingt durchgeführt werden müssen. Was wir durch die Einführung der Pressefreiheit erreichen könnten, wird durch den geistlichen Zwang wieder aufgehoben. Die Neuschaffung nichtkonfessioneller Schulen ist doch zugelassen. Auch bezüglich der Gesetze über Steuern und Abgaben

Den der A.S.B. anstehenden Delegationen war auf Wunsch ein Korreferat zugeteilt worden. Korreferent war Genosse Schwarzmann. Auch er ging auf die einzelnen Paragraphen der Verfassungsvorlage ein, die seine Zustimmung nicht findet. Was wir erleben, führte er aus, ist die entgegengesetzte Entwicklung des bei der Novemberrevolution Erwarteten. Wir wollten einmal die Macht als Recht anerkennen und wenn wir das hätten, dann würden wir Monarchie (aber nicht engbrüstig Feindschaft) ausüben. Auch heute noch, trotz Nationalparlament, haben wir die Macht in Händen und wir hätten die Pflicht, zu verhandeln, den Verfassungsentwurf zu verhindern, weil er, bliebe er bestehen, die Entwicklung zum Sozialismus aufhalten würde. Ohne die Revolution wäre der Verfassungsentwurf ein ungeheures Fortschritt, nach der Revolution bedeutet er Rückschritt, er zeigt, wie weit die Macht des Kapitalismus schon wieder gewachsen ist. Der Vorschlag, der eine sechsmonatliche Staatsanwaltschaft als Vorbedingung der Wahlberechtigung verlangt, schließt bei dem vorausgesetzenden vielfachen Wechsel des Wohnorts Tausende von der Wahlhandlung aus. Die Trennung von Staat und Kirche und Schule und Kirche hätte unbedingt durchgeführt werden müssen. Was wir durch die Einführung der Pressefreiheit erreichen könnten, wird durch den geistlichen Zwang wieder aufgehoben. Die Neuschaffung nichtkonfessioneller Schulen ist doch zugelassen. Auch bezüglich der Gesetze über Steuern und Abgaben

Den der A.S.B. anstehenden Delegationen war auf Wunsch ein Korreferat zugeteilt worden. Korreferent war Genosse Schwarzmann. Auch er ging auf die einzelnen Paragraphen der Verfassungsvorlage ein, die seine Zustimmung nicht findet. Was wir erleben, führte er aus, ist die entgegengesetzte Entwicklung des bei der Novemberrevolution Erwarteten. Wir wollten einmal die Macht als Recht anerkennen und wenn wir das hätten, dann würden wir Monarchie (aber nicht engbrüstig Feindschaft) ausüben. Auch heute noch, trotz Nationalparlament, haben wir die Macht in Händen und wir hätten die Pflicht, zu verhandeln, den Verfassungsentwurf zu verhindern, weil er, bliebe er bestehen, die Entwicklung zum Sozialismus aufhalten würde. Ohne die Revolution wäre der Verfassungsentwurf ein ungeheures Fortschritt, nach der Revolution bedeutet er Rückschritt, er zeigt, wie weit die Macht des Kapitalismus schon wieder gewachsen ist. Der Vorschlag, der eine sechsmonatliche Staatsanwaltschaft als Vorbedingung der Wahlberechtigung verlangt, schließt bei dem vorausgesetzenden vielfachen Wechsel des Wohnorts Tausende von der Wahlhandlung aus. Die Trennung von Staat und Kirche und Schule und Kirche hätte unbedingt durchgeführt werden müssen. Was wir durch die Einführung der Pressefreiheit erreichen könnten, wird durch den geistlichen Zwang wieder aufgehoben. Die Neuschaffung nichtkonfessioneller Schulen ist doch zugelassen. Auch bezüglich der Gesetze über Steuern und Abgaben

Den der A.S.B. anstehenden Delegationen war auf Wunsch ein Korreferat zugeteilt worden. Korreferent war Genosse Schwarzmann. Auch er ging auf die einzelnen Paragraphen der Verfassungsvorlage ein, die seine Zustimmung nicht findet. Was wir erleben, führte er aus, ist die entgegengesetzte Entwicklung des bei der Novemberrevolution Erwarteten. Wir wollten einmal die Macht als Recht anerkennen und wenn wir das hätten, dann würden wir Monarchie (aber nicht engbrüstig Feindschaft) ausüben. Auch heute noch, trotz Nationalparlament, haben wir die Macht in Händen und wir hätten die Pflicht, zu verhandeln, den Verfassungsentwurf zu verhindern, weil er, bliebe er bestehen, die Entwicklung zum Sozialismus aufhalten würde. Ohne die Revolution wäre der Verfassungsentwurf ein ungeheures Fortschritt, nach der Revolution bedeutet er Rückschritt, er zeigt, wie weit die Macht des Kapitalismus schon wieder gewachsen ist. Der Vorschlag, der eine sechsmonatliche Staatsanwaltschaft als Vorbedingung der Wahlberechtigung verlangt, schließt bei dem vorausgesetzenden vielfachen Wechsel des Wohnorts Tausende von der Wahlhandlung aus. Die Trennung von Staat und Kirche und Schule und Kirche hätte unbedingt durchgeführt werden müssen. Was wir durch die Einführung der Pressefreiheit erreichen könnten, wird durch den geistlichen Zwang wieder aufgehoben. Die Neuschaffung nichtkonfessioneller Schulen ist doch zugelassen. Auch bezüglich der Gesetze über Steuern und Abgaben

Den der A.S.B. anstehenden Delegationen war auf Wunsch ein Korreferat zugeteilt worden. Korreferent war Genosse Schwarzmann. Auch er ging auf die einzelnen Paragraphen der Verfassungsvorlage ein, die seine Zustimmung nicht findet. Was wir erleben, führte er aus, ist die entgegengesetzte Entwicklung des bei der November

hätte ein Weg gefunden werden müssen für eine Volksabstimmung. Die Legislaturperiode des Landtags soll auf vier Jahre festgelegt werden. Da sehen wir, wohin die Verfassung geht, die bürgerliche Herrschaft soll möglichst lange aufrecht erhalten werden. Unsere Forderung war immer auf eine zweijährige Legislaturperiode gerichtet. Der § 14 der heutigen Vorlage bedeutet gegenüber dem bisherigen Entwurf eine bedeutende Abänderung. Zur Abstimmung über Gesetze, die über die Sozialisierung entscheiden sollen, wird eine Zweidrittelmehrheit verlangt. Gerade bei den ausschlaggebenden Punkten hat man die Demokratie nicht gewagt. Aber das Volk wird sich auf die Dauer mit der Verfassung nicht zufriedengeben, es will sehen, daß es wirtschaftlich vorwärts geht. Die einzelnen Bundesratsverfassungen werden übrigens ein Gemisch aus dem Reich sein.

An die beiden Referate schloß sich eine Aussprache an, die Gen. Wehner-Mannheim einleitete. Auch ihn betrieft die Verfassungsvorlage nicht in jedem einzelnen Punkt, aber er hat von ihr als Ganzes genommen die Ansicht wie Gen. Maier auch. Auf wesentlich anderem Standpunkte steht Genosse Hermann Kemmel-Mannheim. Seine Ausführungen gipfeln in der Propagierung des Nützlichkeitsprinzips. Er glaubt, daß es erst auf der Grundlage wirtschaftlicher Gleichberechtigung eine politische Gleichberechtigung gäbe und denkt sich den Weg zum Sozialismus so: erst Massenbewegung des Proletariats, dann durch das Proletariat Aufhebung der Klassen. Die Verfassungsvorlage aber merge die Klassenunterschiede nicht aus. Weiter bezieht er sich an der Diskussion die Genossen Dr. Hirschler-Mannheim und Schrimpf-Mannheim. Nach einem Schlußwort beider Referenten wurde folgende Resolution mit allen gegen 8 Stimmen angenommen: „Die heute in Heidelberg tagende Verammlung der Delegierten der A., B., C. und D. Klasse des Landeskommissariatsbezirks Mannheim erklärt, daß die durch die badische Nationalversammlung geschaffene Verfassung trotz mancher Mängel, die ihr naturgemäß als Kompromißwerk anhaften, als ein brauchbares Instrument betrachtet wird zur Verwirklichung der im Erfurter Programm aufgestellten Ziele des Sozialismus.“

Als weiterer Punkt stand auf der Tagesordnung die Wahl der Delegierten zu dem in Berlin demnächst stattfindenden Kongreß des Zentralrates der A., B., C. und D. Klasse. Von Mannheim wurden die Genossen Dr. Hirschler und Kuhn, von Heidelberg Gen. Wörmann und als Ersatzmann Gen. Gerlach-Wiesinger gewählt. Mit der Tagesordnung des Berliner Kongresses erklärte sich die Verammlung einverstanden.

Damit waren die Verhandlungsgegenstände erschöpft. Gen. Strobel konstatierte in seinen Schlußworten den guten Verlauf der Tagung und hofft, daß die Parteimitglieder gemeinsam arbeiten. Die badische Verfassung werde ein Hilfsmittel sein, die Macht des Proletariats zur Anwendung zu bringen. Seine letzten Ausführungen galten der Einigung des Proletariats.

### Baden.

#### Die Errichtung von Bezirken im Gebiet der Unterrichtsverwaltung.

Zur Beratung der Schulbehörden in Unterrichts- und Erziehungsfragen sowie in Fragen der Volksschulbildung und Volkserziehung hat das Ministerium des Kultus und Unterrichts einen Landes-Schulrat, Kreis-Schulräte, Stadt-Schulräte, Schulbezirke und Schulinspektoren bestellt.

Der Landes-Schulrat ist errichtet zur Beratung des Unterrichtsministeriums in Fragen des Volksschulwesens und des höheren Schulwesens. Derselbe Landes-Schulrat gehören an die Mitglieder des Unterrichtsministeriums, je zwei Vertreter der Städteoberbehörden, der mittleren Städte und der Landgemeinden, zwei Ärzte, drei Hochschullehrer, drei Aufsichtsbekamte der Volksschule, der Leiter einer Lehrerbildungsanstalt, je ein Vertreter der Lehrerschaft der höheren Lehranstalten und 12 Vertreter der Lehrerschaft der Volks- und Fortbildungsschule. Ein Teil der Vertreter der Lehrerschaft wird nach einer vom Unterrichtsministerium noch zu erlässenden Wahlordnung von der Lehrerschaft gewählt, alle übrigen Mitglieder werden vom Unterrichtsministerium ernannt. Zu den Sitzungen des Landes-Schulrats können auch Sachverständige zugezogen werden und wenn Fragen, die den Pädagogikunterricht betreffen, zu beraten sind, so sind dazu die fachlichen Oberbehörden einzuladen. Der Landes-Schulrat hat die Aufgabe, über wichtigere Unterrichts- und Erziehungsfragen zu beraten und sein Gutachten abzugeben. Er wird mindestens einmal im Jahre einberufen.

Der Kreis-Schulrat wird bei jedem Kreis-Schulamt für die Volks- und Fortbildungsschule eingerichtet. Unter seinen neuen Mitgliedern aus der Lehrerschaft sollen vorwiegend sich ein Rektor, ein Oberlehrer und eine Lehrerin befinden. Der Kreis-Schulrat hat die Ausarbeitung von Stoffplänen, von Stundenplänen zu erörtern, über Schulhausbaulasten, Lehrerverordnungen, Beschaffung von Lehrmitteln usw. zu beraten. Für die Volks- und Fortbildungsschulen in den Städten der Städteordnung mit 75 und mehr hauptamtlich tätigen Lehrkräften werden unter Leitung von Kreis-Schulräten besondere Stadt-Schulräte gebildet, welche die gleichen Aufgaben wie die Kreis-Schulräte haben. Sind an höheren Lehranstalten sowie an Volks- und Fortbildungsschulen wenigstens 20 Lehrkräfte hauptamtlich tätig, so wird ein Lejonders zu wählender Schulrat von drei Mitgliedern errichtet, der wichtigere Fragen der Schulverwaltung zu beraten und zu begutachten hat. Der Schulrat gilt als Vertretungsstelle für Schulleitung und Lehrerschaft. Was schließlich die Aufgabe der in diesen Schulräten besteht, so liegt diese in der Pflege der Zusammenarbeit aller Arten von Schulen und Lehrern des Amtsbezirks. Die Schulinspektoren haben auch die Volksschulbildung, Volkserziehung usw. zu fördern.

Die Regierungsbildung. Wie wir hören, ist die Regierungsbildung ihrem Schluß nahe. Man nimmt an, daß die Besprechungen, die nach am Freitag in den Fraktionen und zwischen den einzelnen Parteien stattfinden werden, eine endgültige Klärung herbeiführen. Aller Voraussicht nach wird in der am nächsten Dienstag den 1. April stattfindenden Sitzung der bad. Nationalversammlung die neue Regierung gebildet werden.

Der Gesetzentwurf über die Volksabstimmung ist gestern im Druck erschienen. In ihm wird u. a. bestimmt, daß die Volksabstimmung über die Verfassung und die Fortdauer der Nationalversammlung eine allgemeine, gleiche, unmittelbare und geheime ist. Sie kann nur befaßt oder verneinen hinsichtlich jeder der beiden gestellten Fragen sein. Stimmberechtigt sind diejenigen badischen Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts, welche am Abstimmungszeitpunkt das 20. Lebensjahr vollendet und im Lande ihren Wohnsitz haben. Ausgeschlossen vom Stimmrecht ist, wer entmündigt ist oder unter Vormundschaft oder wegen geistiger Gebrechen bestellter Pflegschaft oder wer eines rechtskräftigen Urteils der bürgerlichen Ehrenrechte ermangelt. Eine Benachteiligung der Abstimmungsberechtigten findet nicht statt. Die Verfassung gilt als angenommen, wenn eine Zweidrittelmehrheit der Abstimmenden sich bejahend ausgesprochen hat.

Die Volksabstimmung am 13. April 1919. Der Verfassungsausschuß der bad. Nationalversammlung erledigte am Donnerstag nachmittags das Gesetz über die Volksabstimmung über die Verfassung und über die Fortdauer der Nationalversammlung als Landtag. Die Volksabstimmung über die

Verfassung soll am Sonntag den 13. April in der Zeit von vorn 11 Uhr bis abends 6 Uhr stattfinden. Gleichzeitig mit der Abstimmung über die Verfassung, aber getrennt davon, soll über die Frage abgestimmt werden, ob die Nationalversammlung als Landtag weiter gelten soll. Der Ausschuß einigte sich nach eingehender Aussprache auf den 15. Oktober 1921 als Endtermin für die Dauer des Bestehens der Nationalversammlung als Landtag. Der Regierungsentwurf hatte vorzusehen, daß die Mitglieder der Nationalversammlung auch noch für das Jahr 1922 als Landtagsabgeordnete gelten sollen.

Aufhebung der Vorklassen. Nachdem in der vorgestrigen Sitzung der badischen verfassunggebenden Nationalversammlung die Verfassung in zweiter Lesung angenommen worden ist, hat das Unterrichtsministerium sofort Anordnung getroffen, daß die Vorklassen in den höheren Mädchenschulen aufgehoben werden. Nach § 19 Abs. 5 der Verfassung sind alle Kinder bis zum Eintritt in eine höhere Lehranstalt zum Besuch der Volksschule verpflichtet. Damit ist die rechtliche Grundlage für die Vorklassen in Wegfall gekommen. Die Auflösung der Vorklassen hat Klassenweise zu erfolgen in der Art, daß auf Beginn des neuen Schuljahres 1919/20 eine Aufnahme von Schülerinnen in die unterste Vorklassstufe nicht mehr stattfindet. Die Folge davon ist, daß die Kinder, für welche der Eintritt in die unterste Klasse auf Herbst dieses Jahres vorgesehen war, bereits von Lerna ab die Volksschule zu besuchen haben. Die Vorklasse der höheren Mädchenschule in Heidelberg ist schon seit einigen Jahren aufgehoben. An der Helene- und Elisabethschule in Mannheim beginnt mit Schluß des laufenden Schuljahres Klassenweise der Abbau der Vorklasse. Weitere Vorklassen bestehen an den höheren Mädchenschulen in Baden-Baden, Freiburg, Karlsruhe (Königs- und Friedrichs-) und in Pforzheim.

Reaktionäre Machenschaften in der Volksschullehrerschaft. Wir müssen uns wieder mal mit der berüchtigten badischen Schulzeitung beschäftigen, die bekanntlich die Revolution mit einem Behnmlerzug über die Wiegen Wilhelms des Dritten und des bekanntlich äußerst skrupellosen und lehrerfeindlichen Fräuleinherren begründet hat. Neulich konnten wir schon mitteilen, welche seltsamen Dinge dort zu lesen waren über die jüdische Last, daß ein Lehrer es gewagt hat, sich in einer öffentlichen Versammlung als Sozialdemokrat zu bezeichnen! Aber es kommt noch besser: in ihrer Nummer 7 veröffentlichte diese — Schulzeitung einen 5 Spalten (1) großen Artikel zur Propaganda eines heiligen (1) Kriegervereins, genannt Offiziersbund. Ganz besonders sollen da anziehend die Referenteneffiziere mobil gemacht werden. Nun, wir hoffen, daß die Lehrer nicht so glatt auf den schleimigen Reim frieren, der ihnen dort vorgefrischelt wird. Wie wir hören, soll auch von einem Bezirksverein gegen derartige Herbeikartell Front gemacht worden sein. Interessant ist an dieser Sache auch, daß da auf einmal der Schriftleiter eine Menge Plag hat; kommt aber ein Lehrer und will eine Ansicht äußern, die dem Schriftleiter nicht paßt, so ist kein Plag vorhanden. So war z. B. Plag genug da, um den Zusammenstoß der sozialdemokratischen Lehrer zu bekämpfen; aber eine Erwiderung von unserer Seite konnte nicht erscheinen. Im übrigen möchten wir den badischen Lehrer-Offizierverein raten: wenn es euch so wichtig ist, Offizier zu sein, auf, dann meldet euch zum Kriegsdienst; wollt ihr das aber nicht, so laßt die bessere Kriegervereinspolitik, als Offiziersbund, und haltet Schule, wie es eure Pflicht dem Volk gegenüber ist.

Bereinsung des Entleerungsverfahrens. Der Justizauschuß der badischen Nationalversammlung befaßt sich mit dem Gesetzentwurf über das vereinfachte Entleerungsverfahrens. Es handelt sich hierbei um ein sogen. Volgesetz, das von der Regierung vorgelegt worden ist um zunächst rasch Notstandsarbeiten in Angriff zu nehmen. Durch das Gesetz wird das Entleerungsverfahrens in verschiedenen Punkten vereinfacht. Der Justizauschuß nahm an dem Gesetzentwurf einige Änderungen mehr redaktioneller Art vor und stimmte ihm zu.

Miefen, 26. März. Das Sommerhaus des Bijouteriefabrikanten Toth wurde erbrochen und geplündert. Als der Eigentümer in einer Notrufsanzeige eine Belohnung für die Auffindung der Täter in Aussicht stellte, brachen die Diebe noch einmal ein, nahen, was ihnen noch gefiel und gerietten das übrige. Vor Jahren wurden einem Bankheben des jetzigen Bankiers Toth aus dem Kasten alle Krawattknöpfe gestohlen. Damals ließen die Diebe einen Zettel zurück mit der Aufschrift: „Für den Toth ist kein Kraut gewachsen.“

Mühlheim, 26. März. Wie aus Steinmetz berichtet wird, ist in einer der letzten Nächte eine franz. Wache, bestehend aus 5 Mann, die am Ufer jenseits des Rheins aufgestellt war, desertiert und hat den Rhein in einem kleinen Raub durchquert. Die desertierte Wache bestand aus 5 Mann, die früher in Baden beschäftigt waren, nach Unterzeichnung des Waffenstillstands aber an Frankreich ausgeliefert und von den Franzosen in die franz. Armee eingereiht worden waren. Sie bestätigten überdies die jüngst gemeldeten Eireisentrunden im Oberrhein, die selbst durch Verletzung der franz. Truppen nicht unterdrückt werden konnte. Die Division laßt im franz. Heer immer mehr nach. Die Aufsen haben zum Teil ihre frühere Arbeitsstätte wieder aufgesucht.

Schnauz, 27. März. Eine stark besetzte Protestversammlung sprach sich gegen die Kammer der Fremden und für eine dringende Gebotene Einschränkung des Fremdenverkehrs aus. Heidelberg, 27. März. Hier ist man einer großen Lebensmittelschneidung auf die Spur gekommen. Im Hauptbahnhof wurde nämlich ein Wagen beschlagnahmt, der 22 Käfer mit etwa 1800 Liter Schnaps, Schinken, Salattartoffeln, Eier, Butter, Sockenleder usw. enthielt. Die Waren sollen aus der Gegend von Wimpfen kommen und für das Rheinland bestimmt gewesen sein. — Im Militärproviantamt wurden Lebensmittel, darunter Fleischkonzerben, Kaka, Zimt, Kaffee usw. im Werte von 2000 M. gestohlen.

Heidelberg, 27. März. Zwei neue Rodenfälle sind hier zu verzeichnen. In den Epidemiebaraden sind bis jetzt aus der ganzen Umgebung 42 Kranke eingeliefert worden. Die Sterblichkeit beträgt 16 vom Hundert.

Mannheim, 28. März. Nachdem es bisher nicht gelungen ist den Wöbder des Fabrikanten Reuther, den Verbrecher Friedrich Georgi zu verhaften, hat die Staatsanwaltschaft die auf die Ergreifung des Wöbders ausgelegte Belohnung auf 5000 M. erhöht. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Georgi in Mannheim und Umgebung verhaftet gehalten wird.

Mannheim, 27. März. Nach einer Verantwältigung des Bürgermeistersamt sind in Mannheim 136 Milchkühe in Privatbesitz angemeldet.

Raboldzell, 27. März. Nach dem Vorschlag beträgt der Umlegefuß auch in diesem Jahr wieder 40 %. — Die hiesige im 20. Jahr bestehende „Raboldzeller Zeitung“ hat sich nach ihrem Anstalt in die „Raboldzeller Zeitung“ als deren Organ in „Oberbadische Neuzeit Nachrichten“ mit dem Unteritel „Demokratischer Führer am Bodensee“ umgewandelt. Die Schriftleitung hat Dr. Paul Dierle aus Offenburg übernommen.

Die Bekämpfung der Geflügelpest. Wegen Fortdauer der Seuchengefahr wurde das z. Zt. bestehende Verbot des Handels mit Geflügel im Umberziehen bis zum 1. Oktober verlängert. Ausgenommen ist der Hausierweise Anlauf von Schlachtgeflügel durch die vom Bezirksamt zugelassenen Aukfäufer.

Bahnwünsche. Von Werkschleppern aus Ettlingen wird uns folgende Klage vortragen: Der Arbeiterzug, der um 12 Uhr nachmittags in Rastatt wegfährt, hatte bis jetzt nur 8 Wagen. Da er aber im Anfang nur für Bahnbedienstete bestimmt war, reichte der Platz aus. Jetzt ist die Sache nun anders geworden, es fahren auch Zivilreisende mit, deren Zahl von Tag zu Tag größer wird. Die mitfahrenden Arbeiter sind oft gequemen, bis zu 10 Mann auf der Plattform zu stehen. Der Arbeiterausstieg wurde vor 14 Tagen vorstellig, aber bis jetzt kam noch keine Abhilfe. Bei Wind und Wetter auf diesem zugigen, luftigen Platz zu stehen, ist doch wahrhaftig kein Vergnügen. Im Interesse der Gesundheit und Sicherheit der Arbeiter ist dringend zu wünschen, daß hier von maßgebender Stelle eine Änderung herbeigeführt wird.

Die Tarifserhöhungen bei den Staatsbahnen. Auf 1. April 1919 treten im Personenverkehr der deutschen Eisenbahnen Tarifserhöhungen ein. Die erhöhten Fahrpreise sind bei einem Teil der Fahrarten neben den früheren Fahrpreisen aufgetempelt oder aufgedruckt. Bei Fahrarten, die mehr als eine Preisangabe enthalten, ist ab 1. 4. 1919 stets der höchste Fahrpreis maßgebend. Die Vorklassfahrt der Besatzung des Fahrpreises der nächst höheren Klasse in Schnellzügen fällt mit dem 1. April weg. Auf den gleichen Zeitpunkt wird die Ausgabe zusammenfassender Fahrpreiskarte eingeleitet. In der Zeit vom 20. bis einschließlich 31. März 1919 muß die Fahrt am 1. Tage der Geltungsdauer der Fahrarten angetreten werden. Dies gilt auch für die Rückfahrt bei Doppelkarten und bei Fahrarten, die zur Fahrt in umgekehrter Richtung gelöst sind. Die Tarife für Reisegepäck und für Hunde in Begleitung von Reisenden werden gleichzeitig erhöht. Dagegen fallen die Verdoppelung der Gepäckfracht und die Mindestgepäckfracht von 1 M. weg. Das Gewicht einer Expresssendung oder eines einzelnen Expressgutstückes umliegt auf den badischen Bahnen vom 1. April ab keiner Beschränkung mehr.

### Soziale Rundschau.

#### 20. Verbandstag des Deutschen Chorführer- und Ballettverbandes.

In den Tagen vom 19. bis 21. März tagte in Braunschwweig die Generalversammlung obigen Verbandes, der seit mehreren Jahren der Generalkommission angeschlossen ist. Die Tagung war besetzt von 56 Delegierten mit 184 Stimmen. Außerdem waren einige Kartellverbände betreten. In jenem Geschäftsbereich konnte der Zentralvorsitzende Friedebach-Mannheim mitteilen, daß der Verband außerordentlich an Mitgliedern zugenommen hat, daß er auch schon während des Krieges überall Eingang gefunden hat, daß es besonders gelungen ist, die Mitglieder des unteren Personals bedeutend zu erhöhen. Zum Teil handelt es sich um Beiträge von über 2000 M., die den Mitgliedern erungen wurden.

Der Bericht wurde zustimmend entgegengenommen, worauf Dr. Seelig-Mannheim, der Verbandspräsident, in ausführlicher Weise über die Aufgaben des Verbandes sprach. Dabei kam er auch auf den Anschluß an die Gewerkschaft zu sprechen, den er, allerdings unter lebhaftem Widerspruch der Versammlung, empfahl, weil es nötig sei, eine gewisse Kompetenzabgrenzung zwischen den Theaterbeschäftigten zu schaffen. Die Aussprache darüber war sehr lebhaft und zog sich stundenlang hin. Vorstand und Verwaltungsrat, die Mehrheit der Delegierten lehnte vorerst einen Anschluß ab, doch wurde einstimmig eine Entscheidung zugestimmt, die die Arbeit des Kartells anerkennt.

Ein weit wichtiger Punkt war der Bericht Dr. Seeligs über den abgeschlossenen Tarifvertrag, der am 1. Mai 1919 in Kraft treten wird, da die übrigen Vertragskontrahenten zugezogen haben. Der Abschluß bringt in das Gebiet der übrigen Verträge einen großen einheitlichen Zug, regelt den inneren Betrieb und räumt mit mancher alten Theaterdienstvorschrift auf. Die Aussprache hierüber gedährte mit zu dem lebhaftesten Teil der Generalversammlung. Wohl 40 Redner ergriffen das Wort. Zum Schluß wurden jedoch der Haupt- und der Normalvertrag einstimmig angenommen. Nur wurde gewünscht, daß die Tarifkommission in Zukunft die Festsetzung von Minimalgehältern ins Auge faßt und die Ferienfrage großzügiger zu regeln sucht, als es bisher gechehen ist.

Es folgten Vorträge über die Arbeitsgemeinschaft, freie Angestelltenverbände, über die Verbandszeitung und Verbandsagentur und die Politik der Generalkommission, die von den Mitgliedern ohne Widerspruch entgegengenommen wurden. Einen breiten Raum nahm die Sachungsfrage ein. Die Verbandsbeiträge wurden auf jährlich 48 M. erhöht, in entsprechender Weise auch die Unterstützungseinrichtungen der Organisation verbessert und die Gehalts-, Anstellungs- und Vertragsverhältnisse für die Verbandsfunktionäre neu geregelt.

Wie lange noch? Im Dezember v. J. wurde von Seiten der Regierung bekannt gegeben, daß ab 1. Januar 1919 Renten-Erhöhungen der Kriegsebeschäftigten vorzunehmen werden sollen. Bis heute, nachdem bereits 4 Monate fällig geworden, hört man von der Auszahlung dieser Erhöhungen nichts. Ja sogar noch ein Teil der Teuerungszulagen vom August letzten Jahres ist noch nicht ausbezahlt. Wir meinen, so groß kann die Arbeit und Berechnung der Beträge nicht sein, daß eine monatliche Frist erst verstreichen muß, bis die Kriegsebeschäftigten zu ihrem Geld kommen; viele haben auf die in Aussicht gestellten Erhöhungen hin bereits Ausgaben und Schulden gemacht und benötigen nun das Geld dringend. Warum geht es denn bei der Auszahlung anderer Teuerungszulagen so rasch? Sollen immer nur die Kriegsebeschäftigten zurückgestellt werden? Aber auch deren Gehalt nimmt einmal ein Ende. Möge die Regierung oder vielmehr die Bürokratie sich endlich ihrer Pflicht bewußt werden und auch den Kriegsebeschäftigten ihr Geld zukommen lassen.

Wankensch, 22. März. Auf Einladung des Arbeiterrats veranstaltete der Landeswohnungsrat im hiesigen Rathaus einen Vortragabend über die Wohnungsnot und die Gründung einer gemeinnützigen Baugenossenschaft. Es wurde eine Kommission zur Vorbereitung der Gründung gewählt.

1. Rastatt, 24. März. Vor einiger Zeit passierte hier das folgende Geschehnis: das man bei der heute herrschenden Wohnungsnot kaum noch für möglich halten sollte. Ein Postkaffee, der nach Rastatt verkehrt wurde, hatte erfahren, daß in dem Hause Hildastrasse Nr. 20 der 3. Stock unbewohnt sei und wollte diese Wohnung mieten. Er wurde jedoch abgewiesen, weil ein Stadteroberer, der den 2. Stock bewohnt, lieber den 3. Stock auch mitegenahmt, als daß er eine Mietspartei in der Wohnung über sich dulden würde. Grund: seine Frau ist nervös und kann das Gerummel im oberen Stockwerk nicht vertragen. Wir sind der Meinung, daß durch die Not und das Geld auch manche Proletarierfrau nervös wurde, ohne daß sie sich deshalb die Miete von zwei Wohnungen leisten könnte. Wir hoffen aber, daß unser heutiger Hinweis dem hiesigen Wohnungsamt genügt, um dafür zu sorgen, daß die Wohnung an eine der vielen wohnungsbedürftigen Familien vermietet wird. Der Name des in so hohem Maße sozial denkenden Stadteroberers ist Eitel.





Das Jubiläumsbild der Wiener Kunstfilm-Gesellschaft

# Die Jüdin

Ein geschichtliches Meisterdrama nach dem Text der gleichnamigen Oper von Eugen Scribe.

In harmonievoller, künstlerisch restlos vollendeter Darstellung tritt dieses Bilder-Dichtwerk in klassischer Schönheit und überwältigender Pracht vor unser Auge. Ein Stück Menschheitsgeschichte wurde zu neuem lebendigen Leben erweckt und zieht in dramatisch reich bewegten Bildern, die von der Regiekunst eines Genies hervorgezaubert sind, über die Leinwand hin. Massenszenen von elementarer und realer wuchtvoller Dramatik wechseln ab mit Bildern von feinsinnigem, stimmungsvollem Zauber.

Die Hauptrollen dieser gewaltigen Film-Komposition werden vertreten von:  
**Jenny Bernay (Recha, die Jüdin),**  
Wiener Kunstfilm-Gesellschaft  
**Max Neufeld (Reichsfürst Leopold),**  
Wiener Kunstfilm-Gesellschaft  
**Josef Recht (Eleazar),** Mitglied der Wiener Volksoper

Vorführung ab morgen in den  
**Palast-Lichtspielen**

**Bekanntmachung.**  
Erde- u. Kabelverleugerungsarbeiten sind zu vergeben. Die Bedingungen sind beim Stadt. Gas- Wasser- und Elektrizitätsamt, Betriebsabteilung für Elektrizität, Kaiserallee 11 Verwaltungsgesetzgebäude 2, 1. Stod, Zimmer Nr. 1 einzusehen. Inwieweit auch die Angebote bis Mittwoch den 2. April d. J. vormittags beschließen mit der Aufschrift: „Erde- und Kabelverleugerungsarbeiten“ versehen eingereicht sind. Karlsruhe, d. 27. März 1919.

**Fussball.**  
Spiele am Sonntag, den 30. März 1919.  
Spielplatz Durlach: Germania I, II u. III - V. f. B. I, II u. III.  
K. F. V. Spielplatz: Phönix I und II - Frankonia I und II.  
Mühlburger Spielplatz: Mühlburg I, II u. III - Belerthelm I, II u. III.  
V. f. B. Spielplatz: Konkordia I u. II - Ettingen I und II.  
Beginn: 1. Mannsch. 8 Uhr, 2. Mannsch. 9 Uhr, 3. Mannsch. 10 Uhr Vormittags. 2163  
Eintrittspreise: Tribüne 2.-, Res. Platz 1.50, 1. Platz 1.-, II. Platz 0.80, Schüler die Hälfte.

**Mandolinen, Gitarren, Zithern** werden fortwährend angekauft in 366  
**Weintraubs An- und Verkaufsgesellschaft,** Kronenstr. 52. Tel. 8747.  
**Heim-Arbeit.** Geübte Arbeiterinnen für kleine Plüschbeutel gesucht. Näheres zu erfragen jeweils von 3-4 Uhr nachmittags bei 2183  
**Gesellschaft Sinner,** Grünwies.

**Achtung! Freiwillige! Achtung!**  
**Ungehörige der Nachrichtentruppe! Unteroffiziere und Mannschaften, Fernsprecher, Funker, Fahrer.**  
In diesen Gefechten und Schlachten, in allen Teilen Europas und sogar weit darüber hinaus habt ihr der Infanterie und Artillerie ihr Heldenhandwerk unterstellt. Wollt ihr nun den Brüdern auf der Heimat heiligem Boden nicht auch wieder helfen?  
Meldungen zum freiwilligen Eintritt in die freiwilligen Nachrichten-Abteilung bei der 28. Inf.-Div. werden entgegen genommen im Gesch.-Zimmer des Divisions-Nachrichtens-Bureaus. 28. Div. Gärhards zum Kreuz, Ettlingen.  
Entlassungszug ist möglichst mitzubringen.  
Bedingungen: Lohn nach Dienstgraden, mindestens Mk. 30.- monatlich, tägliche Zusage Mk. 4.-, freie reichliche Verpflegung, monatliche Verpflichtung mit 14tägiger Probezeit. 2165  
**Stemmermann**  
Oberleutnant und Führer.

**Deutscher Metallarbeiterverband**  
Verwaltungsstelle Karlsruhe.  
Am Sonntag, den 30. März, vormittags 10 Uhr, findet in der „Goldenen Krone“, Amalienstraße 16 (2. Stod) eine  
**Versammlung**  
aller in der Elektrobranche beschäftigten Monteur- und Hilfsmonteur hat.  
Tagesordnung:  
Beschlussfassung über den Tarifvertrag.  
Es wird erwartet, daß alle in Betracht kommenden Monteur und Hilfsmonteur in die er Versammlung erscheinen.  
Die Ortsverwaltung.

**Städtisches Konzerthaus.**  
Freitag, den 28. März 1919. 2171  
Vorstellung des Badischen Landestheaters.  
Freitagsmiete Nr. 25. Neu einstudiert:  
**Clavigo.**  
Trauerspiel in fünf Akten von Goethe.  
Anfang 7 Uhr. Ende 1/10 Uhr.

## Pferdefleischverkauf.

Einlösung der Marke 1.  
Verkaufsstelle A. Stadt. Freibau, Schlachthausstr.:  
Freitag den 28. März von 8-11 Uhr u. 2-5 Uhr  
Kartenserie A (Blau Karten) Nr. 1-1800  
Dienstag den 3. April von 8-11 Uhr u. 2-5 Uhr  
Kartenserie A (Blau Karten) Nr. 1801-3615.  
Verkaufsstelle B. Durlacherstraße 59:  
Freitag den 28. März von morgens 8 Uhr ab  
Kartenserie B (Grüne Karten) Nr. 1-2501.  
Kopfmenge 250 gr Fleisch oder Würst. 2162  
Stadt. Fleischamt.

## Wichtig für Hausfrauen.

Dem Nahrungsmittelamt der Stadt ist es gelungen, einen Kasten getrocknetes sogenanntes **Sollweiner Weiskraut** zu beschaffen. Dieses kommt in der Woche vom 31. März bis 6. April zur Verteilung. Es ist von vorzüglicher Qualität, dabei gut getrocknet, so daß es längere Zeit aufbewahrt werden kann, ohne zu verderben.  
Wir machen besonders darauf aufmerksam, daß sich das Sollweiner Weiskraut sehr gut zur Zubereitung von **Wahrsch Kraut** und von **Rümmelkraut** verwenden läßt, und geben untenstehend zwei von er ähren Hausfrauen ausprobierte Rezepte.  
Für eine Person rechnet man ungefähr 50 Gramm Trockenkraut. Dasselbe wird in reichlich kaltes Wasser einweichen, sodann entweder als Wahrsch Kraut oder Rümmelkraut zubereitet. Das zum Einweichen verwendete Wasser darf zum Kochen nicht gebraucht werden.  
**Wahrsch Kraut:** In wenig kochendem Wasser werden eine Pfefferkörner, 10-12 feingehackte Zwiebeln im gelb geröstet, das Kraut ausgebrüht und nach 10 Minuten durch feines Wasser, das nötige Salz und Essig, wenn man hat, Pfeffer gegeben, und das Gemüse gut abgedünstet, wozu man mindestens 3 Stunden rechnen muß. Es ist deshalb zu empfehlen, die Kochliste zu verwenden.  
**Rümmelkraut:** Das einweichende, gut ausgebrühte Kraut wird in reichlich kochendes Salzwasser gegeben und weichgekocht, sodann abgeseiht, abgedreht, ausgebrüht, fein verweigt, oder durch die Fleischwolfmaschine getrieben. In welchem Saft man einweichendes Gemüse, ist das Gemüse zu streut nach et wa zehn Minuten Dampfzeit wenig Mehl darüber, kühlt mit der nötigen Grünzwiebeln auf und läßt das Kraut durchkochen. Um den Geschmack zu geben, gibt man etwas Rümmel zu.  
Oder: Das ausgebrühte, fein verweigte Kraut gibt man in eine weiße Mehlschwitze.  
Karlsruhe, den 27. März 1919. 2160  
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

## Sauerkraut

bis auf weiteres an Beständen von 9 bis 11 Uhr vormittags in der Kaiserallee 21.

## Saure Rüben

an Beständen von 2 bis 4 Uhr nachmittags Kaiserallee 23, jedoch nur in kleineren Mengen bezahlbar erhältlich. Käufer sind mitzubringen.  
Kleinere Mengen Sauerkraut und Rüben werden in den städt. Verkaufsstellen und auf den Märkten weiterhin abgegeben.  
Karlsruhe, den 11. März 1919.  
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

## Karlsruhe

hat eine erstklassige Kanelle, die vorzugsweise gute Musik pflegt.  
Frau Graner konzertiert mit ihren Künstlern täglich abends 8 Uhr und Sonntag nachmittags im

## Kaffee Bauer

## Hoblermeister

Gesucht zum sofortigen Eintritt  
für vierseitige Hobelmaschine, auch für Profilarbeiten.  
Angebote unter Chiffer 2176 an das Volksfreundbüro.

## Sauerkraut

per Pfund **33** Pfg.  
empfiehlt  
**Bucherer**  
in sämtlichen Filialen.  
Größere Quantitäten für Selbstverbraucher unter entsprechender billiger Berechnung im Lager, Zähringerstraße 42. 2159

**Wasch- und Bügelgeschäft.**  
Mina Schmalz, Wilhelmstraße 19, II.  
Herren- und Damenwäsche aller Art.  
Herren- und Damenkleidermacher, reifen und bühnen. 2170  
Vorhänge waschen, waschen und bügeln.

## Gesucht

sobald für hier und auswärts  
tüchtige  
**Möbelschreiner**  
Modellschlosser  
Zimmerleute  
Herrenschneider  
Schuhmacher  
**Stadt. Arbeitsamt**  
Zähringerstraße 100. 2168

Hohen Nebenberufen erzielen Sie durch den Verkauf von einem leicht betriebsbaren Ventil. Muster 2.50 Mk. per Stück. Matt. Storz, Dinglingen, Hauptstraße 68 (Baden). 2157

## Tüchtige Möbelschreiner

werden für sofort gesucht.  
**Billing & Zoller H.-G.**  
Karlsruhe. 1083

Wir kaufen jedes Quantum  
**Kupfer, Messing, Rotguss, Zink, Blei, Alteisen etc., ferner Felle, Lumpen (gestricke und wollene), Knochen sowie Altpapier**  
(Akten, Geschäftsbücher, Registraturen, Packpapier etc.)  
unter Garantie des Einstampfens  
**Jakob Schneller**  
Rohprodukten  
Fernspr. 1597 Karlsruhe Durlacherstr. 34.  
Händler erhalten Vorzugspreise. 2144

## Email-Geschirre

werden dauerhaft repariert (nicht gelötet) 442  
**Geschirr-Reparaturanstalt**  
Karlsruhe, Körnerstr. 34, im Hof. Telefon 1421.

## Möbelschreiner und Bildhauer

finden Beschäftigung bei 2441  
**Gedr. Himmelheber, Möbelfabrik**  
Kraichstraße 25.